

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 88 (2008)
Heft: 963

Rubrik: Dossier : Schweizer und Deutsche : kennt ihr euch?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- (1) «Hallo, hier sind wir!»
- (2) So nah und doch so fern
- (3) Vom Schwarm und Schwärmen
- (4) Wehret den Schweizern!
- (5) Die Mär vom Steuerstreit
- (6) Deeskalierend höflich
- (7) Die Deutschenverschrecker

Schweizer und Deutsche – kennt Ihr euch?

Man stelle sich vor, die deutsche Elf hätte die Fussball-EM in der Schweiz gewonnen! Die Zeitungen nördlich und südlich des Rheins wären voll gewesen von bösen Anekdoten über Mentalitätsunterschiede, die sich die 200'000 in der Schweiz lebenden Deutschen über die Schweizer und die 70'000 in Deutschland lebenden Schweizer über die Deutschen erzählt hätten. Solche Geschichten sind zwar reizvoll, aber genau deswegen auch gefährlich. Denn sie verbannen die politischen Dissonanzen, die zwischen den beiden Nachbarn real bestehen, in den Hintergrund – mit existentiell bedrohlichen Folgen für die Schweiz.

Zuerst die Tatsachen, dann die Moral. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen könnten enger kaum sein. Deutschland ist für die Schweiz der wichtigste Handelspartner. 2007 kamen 33 Prozent aller Importe (39 Milliarden Euro) aus Deutschland, während 20 Prozente aller helvetischen Exporte (22 Milliarden Euro) dorthin gingen. In den Investitionen liegen wir gar vorn: Schweizer Unternehmen haben 42,7 Milliarden Franken in Deutschland investiert, während es umgekehrt 22,8 Milliarden Franken waren. Die Schweiz ist mit 1200 Unternehmen und 250'000

Beschäftigten sechstgrösster Auslandsinvestor in Deutschland.

Und die Moral? Der Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann, der gerne in Berlin lebt, wie er betont, hat sie in einer E-Mail so formuliert: «Die deutschen Politiker haben von der Schweiz nicht den Hauch einer Ahnung.» Das Problem liegt darin, dass die Schweizer nicht wissen, was die Deutschen über die Schweiz nicht wissen. Die meisten deutschen Politiker und Intellektuellen halten uns für ein Volk von Schlaumeiern (Bankgeheimnis), Opportunisten (kantonale Unternehmensbesteuerung, Flughafen Zürich) und Rosinenpickern (bilaterale Verträge mit der EU). Vom historisch gewachsenen System aus direkter Demokratie, Konkurrenzföderalismus und liberalem Arbeitsmarkt haben sie oft – entweder positiv oder negativ – verzerrte Vorstellungen. Die Schweizer Politiker ihrerseits ignorieren diese Ausgangslage, unterstellen dem nördlichen Nachbarn Machtpolitik und setzen auf Einigung. Die Folge: Vorurteile werden bestätigt, und der unbekannte Nachbar erhöht den politischen Druck. Aufklärung tut dringend not! Wir bieten sie auf den folgenden Seiten.

René Scheu

Die Schweizer wissen nicht, was die Deutschen über die Schweiz nicht wissen. Die Konsequenzen sind fatal. Deutschland erhöht den politischen Druck, während sich die Schweiz zunehmend einigelt. Dabei kann der kleine Nachbar nur verlieren. Es ist höchste Zeit für eine mediale Aufklärungsoffensive im grossen Nachbarland.

(1) «Hallo, hier sind wir!»

René Scheu im Gespräch mit Thomas Borer

Herr Borer, auf der Homepage des Auswärtigen Amtes von Deutschland heisst es: «Beide Länder verbindet ein enges und vielgestaltiges gutnachbarschaftliches Verhältnis.» Als ehemaliger Diplomat verstehen Sie es, zwischen den Zeilen zu lesen. Was bedeutet hier «gutnachbarschaftlich»?

Nachbarn sind Menschen, die man sich, anders als Freunde, nicht aussucht. Sie werden einem gewissermassen durch äussere Umstände aufgezungen; man muss mit ihnen irgendwie zu Rande kommen. So ist es auch mit Deutschland und der Schweiz. Über Jahrhunderte gab es mannigfache Konflikte, aber man hat gelernt, ein tragfähiges Verhältnis aufzubauen. Gute Beziehungen wären eigentlich in beidseitigem Interesse. Das bilaterale Verhältnis hat aber in den letzten Jahren arg gelitten. Es ist nicht mehr der vielbeschworene blaue Himmel, der über den beiden Ländern liegt; vielmehr formiert sich eine Gewitterfront, durch die das Blau nur noch blass durchschimmert.

Nach der Lesart des Auswärtigen Amtes gibt es bloss ein «einziges substantielles Problem»: den Streit um die Anflüge zum Flughafen Zürich...

...schön wär's! Das ist politische Rhetorik, nein, wirklich, es gibt viele und grosse Probleme. Dafür muss ich ausholen.

Nur zu.

Zuerst einmal muss man sehen, dass Deutschland seit der Wiedervereinigung nördlicher und östlicher geworden ist. Der politische Schwerpunkt liegt nicht mehr im Rheinland und dem ökonomisch starken süddeutschen Raum, sondern in

Berlin. Das klingt banal, ist es aber nicht. Die Schweiz liegt mittlerweile ausserhalb des Horizonts vieler Deutscher. Zudem sind in Deutschland gegenwärtig Politiker an der Macht, die der Schweiz emotional und weltanschaulich eher distanziert gegenüberstehen. Eine Kanzlerin, die in Mecklenburg-Vorpommern geboren wurde und in der DDR aufgewachsen ist, hat ein ganz anderes Verhältnis zur Schweiz als ein Kanzler Kohl. Es ist nicht so, dass Frau Merkel die Schweiz nicht gerne hätte...

...sie verbringt immerhin die Ferien im Engadin...
...genau, aber sie kann sich für unser Land und die Prinzipien nicht wirklich erwärmen, für die wir stehen. Die Schweiz ist nicht mehr der privilegierte Nachbar von einst. Deutschland orientiert sich vermehrt nach Osten. Die meisten deutschen Politiker begegnen der Schweiz mit einer Haltung der wohlwollenden Nichtbeachtung: die Eidgenossen sind nett und sympathisch, haben schöne Berge und gute Schokolade, aber sie sind eben nicht wichtig. Als Nicht-EU-Mitglied leben wir in den Augen aller deutschen Politiker von links bis rechts in einer Art «splendid isolation», was sie nicht verstehen können – und oft mit Rosinenpickerei assoziieren.

Fakt ist, dass die Schweiz der sechstwichtigste Handelspartner Deutschlands ist, noch vor China.

Die wenigsten wissen das oder scheinen sich dafür zu interessieren – und genau hier liegt ja das Problem! In meiner Zeit als Botschafter in Berlin war ich anfangs erstaunt, wie wenig die Deutschen über unser politisches System, über unsere föderalen Strukturen und unsere Wirtschaftsordnung wissen. Je weiter man sich in den Norden und Osten begibt, desto mehr gilt: die Schweiz ist ein unbekanntes Land. Ich habe damals versucht, durch mediale Auftritte und Workshops dieses Bild zu korrigieren. Mir ging es darum aufzuzeigen, wie stark die beiden Volkswirtschaften miteinander verflochten sind – und wie sehr die beiden Länder politisch und wirtschaftlich voneinander lernen könnten. Das ist eine Sisyphusarbeit, die wir nicht genügend ernst nehmen. Wir markieren viel Präsenz in China und Indien, und das ist gut. Aber dasselbe sollten wir auch in Deutschland und anderen Ländern Europas tun. Davon hängt mittelfristig unsere politische und wirtschaftliche Existenz ab.

Die wenigsten Deutschen wissen, wie unsere direkte Demokratie und unser Konkurrenz-Föderalismus

funktioniert. Unser über Jahrhunderte gewachsenes System wird von den meisten als Ausdruck des reinen Opportunismus wahrgenommen.

Wir werden nicht verstanden. Statt eine Igelhaltung einzunehmen, müssen wir deshalb Aufklärungsarbeit leisten. Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung! Nehmen wir als Beispiel den schon angesprochenen Flugstreit. Mit Ausnahme einiger Abgeordneter aus dem süddeutschen Raum sind die deutschen Politiker mit der Faktenlage nicht vertraut – sie argumentieren bloss emotional und machtpolitisch. Tatsache ist, dass 95 Prozent des Lärms in der Schweiz anfallen, 5 Prozent in Deutschland; dass die Flugzeuge bei uns auf 200 Metern Höhe fliegen, während es in Süddeutschland zwei Kilometer Flughöhe sind; dass dieser Flughafen die Lebensader nicht nur für den Grossraum Zürich, sondern auch für Süddeutschland darstellt; dass dieser schweizerisch-süddeutsche Raum wirtschafts- und geopolitisch eine unglaublich wichtige Rolle spielen könnte. Das alles ist nicht bekannt.

Sie fordern Aufklärung. Das ist leichter gesagt als getan. Wie würden Sie vorgehen?

Die Deutschen wissen, dass es unserer Wirtschaft verhältnismässig gut geht. Wir könnten vermehrt darlegen, dass unser Wohlstand auf unserem liberaleren Wirtschaftssystem und der Leistungsbereitschaft des einzelnen beruht. Im Gegensatz dazu herrscht vor allem in deutschen linken, aber teils auch in CDU-Kreisen die fatal falsche Vorstellung vor, der Wettbewerb könne mit Harmonisierungen klug umgangen und die Globalisierung gestoppt werden. Viele Menschen in Deutschland fühlen sich mittlerweile als «Globalisierungsverlierer», was auch immer damit gemeint sein mag, und teilen diese falschen, ja geradezu schädlichen Vorstellungen. Die Schweiz wird deshalb weiter unter Druck geraten.

Dazu passt ein Passus aus einer jüngeren Rede des deutschen Aussenministers Frank-Walter Steinmeier. In Rheinfelden hat er dieses Frühjahr gesagt: «Aus unserer eigenen Berliner Sicht der Dinge ist der steuerlich motivierte Trend zur Gewinnverlagerung deutscher Unternehmen in bestimmte Schweizer Kantone problematisch, ganz unabhängig von der Anwendbarkeit des Freihandelsabkommens von 1972.» Das heisst konkret: Steuerharmonisierung muss her.

Klar. Für die deutschen Politiker stellt sich die Situation so dar: dem deutschen Fiskus gehen durch Gewinnverlagerung jedes Jahr Hunderte

von Millionen Euro verloren. «Das ist ungerecht, das darf nicht sein», sagt der Staat, «wir müssen das deutsche Steuersubstrat mit allen Mitteln sichern.» Für die deutschen Bürger sieht die Situation anders aus: sie liefern mittlerweile durchschnittlich, Sozialabgaben eingerechnet, 50 Prozent ihres Einkommens an den Staat ab. Das Geld gehört faktisch nicht mehr ihnen, sondern dem Staat. Er kann darüber verfügen. Und er verfügt darüber. Je mehr Geld er hat, desto mehr gibt er aus. Staatsausgaben und -schulden sind bisher jedes Jahr gestiegen. Je mehr Geld er ausgibt, desto mehr Bürger profitieren vom Staat. Und je mehr von ihnen profitieren, desto mehr wählen Politiker und Parteien, die ihnen noch mehr staatliche Leistung versprechen. Es gibt heute in Deutschland eine strukturelle Mehrheit derjenigen, die von staatlichen Transferleistungen leben. Klar, worin die Gefahr besteht: am Ende kann die wichtigste Wirtschaftsmacht Europas ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Die Deutschen wissen, dass es unserer Wirtschaft gut geht. Wir könnten darlegen, dass unser Wohlstand auf unserem liberaleren Wirtschaftssystem beruht.

Die deutsche Politik tendiert zweifellos nicht zu Lösungen im Sinne eines kohärenten Liberalismus.

Ich stelle fest, dass die Leistungsbereitschaft in der deutschen Gesellschaft an Bedeutung verloren hat. Demgegenüber hat das Anspruchsdenken an Boden gewonnen: der Staat soll für mich sorgen, schliesslich habe ich ja auch mal Abgaben an die Arbeitslosenversicherung gezahlt. Es ist nicht verpönt, von Sozialhilfe zu leben. Verpönt ist es hingegen, erfolgreicher Unternehmer zu sein. Die Neidgesellschaft ist auf dem Vormarsch.

Ob wir es wollen oder nicht – durch unsere pure Existenz halten wir Deutschland letztlich den Spiegel vor. Weshalb sollten deutsche Politiker ein Interesse haben, sich ihre Versäumnisse vorhalten zu lassen?

Eine Präzisierung: bloss weil es uns besser geht als anderen, sollten wir uns nicht zu sehr loben. Unser System ist zwar liberaler als das unserer Nachbarn, aber wir sind ebenfalls daran, Schulden anzuhäufen und den Sozialstaat auszubauen. Nun aber zu Ihrer Frage: das ist in der Tat ein Problem. In Deutschland glaubt eine steigende Anzahl von Politikern und Bürgern, dass Umverteilung und staatliche Interventionen die Lösung aller Übel

darstellten. Es hat eine politische Entfremdung stattgefunden, was die Sache für uns nicht einfacher macht.

Die deutschen Politiker wollen nicht, dass es uns besser gehe als ihnen. Das beste Beispiel dafür ist der Steuerstreit, in dem Deutschland die Schweiz im Namen der EU unter Druck setzt: je mehr Harmonisierung europaweit erzielt wird, desto leichter haben es die Politiker, die Steuerschraube weiter anzuziehen.

Man muss aufpassen mit solchen Verallgemeinerungen. Nicht alle deutschen Politiker denken oder handeln so. Aber die These ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Wie in anderen europäischen Ländern auch, hat in Deutschland eine Desillusionierung gegenüber der EU stattgefunden. Die EU war für diesen Kontinent ein Segen; sie hat Frieden und Wohlstand gebracht. Aber sie hat sich in den letzten Jahren meiner Ansicht nach und wohl auch nach Ansicht vieler Deutscher in eine falsche Richtung entwickelt, hin zu mehr Zentralismus, Bürokratie und Umverteilung. Bis Ende der 1980er Jahre konnte Deutschland es sich leisten, der grosse Nettozahler der EU zu sein. Aufgrund der finanziellen Lasten, die die Wiedervereinigung eben auch bedeutet hat, fällt es Deutschland zunehmend schwerer, diese Rolle zu spielen. Der Steuerstaat bewegt sich auf einem schmalen Grat. Versicherungsmathematisch ist klar, dass das deutsche Sozialsystem über kurz oder lang zusammenbricht. Weil also Deutschland finanziell darbt, wird die EU zunehmend als Belastung empfunden. Das sagt so niemand, aber viele denken es. Vor diesem Hintergrund ist klar, wie die Schweiz wahrgenommen wird: das sind diese Siebenmalklugen, denen es gelingt, von den wirtschaftlichen Vorteilen der EU zu profitieren, ohne politische Zugeständnisse zu machen. Wir sind die grossen Rosinenpicker, die reichen Deutschen und anderen vermögenden EU-Bürgern dabei helfen, Steuern zu hinterziehen. Und was tun wir Schweizer? Gar nichts. Wir unterlassen es darzulegen, dass wir ein wichtiger Handelspartner der EU sind und auch beachtliche finanzielle Leistungen gegenüber der EU erbringen.

Zurück zu Deutschland. Wenn Angela Merkel unser Land besucht, wird sie von vier Bundesräten begrüsst. Während diese die Rhetorik der guten Nachbarschaft pflegen, spricht die Bundeskanzlerin von der vielen Arbeit, die noch zu leisten sei, und macht keinerlei Zugeständnisse, weder im Steuer- noch im Flugstreit. Die Diskrepanz ist augenfällig.

Es ist schon erstaunlich, dass die deutsche Bundeskanzlerin erst nach zwei Jahren im Amt der Schweiz einen Besuch abstattet, der übrigens bloss zwei Stunden gedauert hat. Wenn man berücksichtigt, dass am Anfang und am Ende eines Gesprächs diplomatische Nettigkeiten ausgetauscht werden, bleibt von diesen zwei Stunden nicht mehr viel übrig. Spielt hingegen Deutschland in Basel Fussball, kommt Angela Merkel für mehrere Stunden. Das ist ein Affront und bestätigt die These von der wohlwollenden Nichtbeachtung.

Das hat noch kein Bundesrat den Schweizer Bürgern so deutlich gesagt.

Sie werden mich nicht dazu bringen, meinen früheren Arbeitgeber zu kritisieren.

Aber vielleicht können Sie sagen, welche Strategien taugen, um aus dem Zustand des Nichtbeachtetwerdens herauszufinden.

Die Schweiz muss in Deutschland zu einem wichtigen Thema werden, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir müssen öfter «Hier!» und «Hallo!» rufen. Man muss über uns reden, uns zuhören. Da reichen Treffen auf Ministerebene nicht aus. Wir müssen in den nächsten Jahren ein Netzwerk aufbauen. Es braucht natürlich diplomatische Anstrengungen, aber vor allem braucht es eine tragfähige Public-Affairs- und Public-Relations-Strategie. Es gibt kaum mehr Schweizer Politiker oder Diplomaten, die in deutschen Medien auftreten. Die Freundschaften zwischen Schweizer und deutschen Politikern sind verschüttet. Wir müssen in die Offensive gehen und unsere Sicht der Dinge darlegen. Einfach zu schweigen, ist hingegen verheerend, weil man dadurch alle negativen Vorurteile zementiert. Wir müssen Deutungshoheit zurückgewinnen. Das könnten wir schaffen; denn wir haben ja die guten Argumente, das bessere Wirtschaftssystem und die bessere Lebensqualität auf unserer Seite! Wenn wir wieder in den deutschen Leitmedien präsent sind, können wir die deutschen Bürger für uns und unser System gewinnen. Erst dann wird auch der politische Wind drehen.

Das dauert lange.

Wir haben viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen.

Reicht die Zeit?

Sie muss reichen.

THOMAS BORER, geboren 1957, ist promovierter Jurist. Von 1999 bis 2002 war er Schweizer Botschafter in Berlin. Heute arbeitet er als Unternehmensberater in der Schweiz, Deutschland und den USA und ist u.a. Verwaltungsrat der Renova Holding.

Die Schweiz und Deutschland geben ein ziemlich ungleiches Paar ab. So ähnlich die beiden Bundesstaaten auf den ersten Blick erscheinen, so unterschiedlich ist ihr Verständnis von Staat, Konkurrenz und Föderalismus. Das Konfliktpotential ist gross. Dennoch hat die Beziehung Zukunft.

(2) So nah und doch so fern

Charles B. Blankart

Eigentlich verstehen sich Deutsche und Schweizer recht gut. Jeden Tag werden mehr als fünf gemischtnationale schweizerisch-deutsche Ehen geschlossen. Im Jahr 2006 waren das 1'969 Ehen. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit für eine Deutsche (einen Deutschen), auf einen Schweizer (eine Schweizerin) zu treffen, in der Schweiz dreimal grösser als umgekehrt für Schweizer in Deutschland. Es gibt also viel mehr gemischte schweizerisch-deutsche Eheschliessungen in der Schweiz als in Deutschland. Dies dürfte mitunter damit zusammenhängen, dass es in einem kleinen Land schwieriger ist, einen passenden Partner zu finden als in einem grossen Land. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen häufiger auf Ausländer ausweichen als die Deutschen. Die alte These, dass die Schweizer die Deutschen nicht mögen, scheint aufs erste widerlegt. Beide lieben sich.

Oft endet aber die Liebe dort, wo die Politik anfängt. Vorsichtige Paare bemühen sich daher, das Thema Politik aus ihren Unterhaltungen auszuklammern. Wenn es dann aber doch einmal dazu kommt, entsteht unverhofft Gefahr für die Beziehung. Die Meinungen prallen aufeinander. Deutsche bewerten die Dinge nach dem Grundgesetz und identifizieren sich mit ihm. In vergleichbarer Weise pochen Schweizer auf ihre Institutionen. Je nachdem, durch welche Farbe seiner Brille der Partner blickt, erscheinen gleiche Fragen unterschiedlich. Daher sollen die Brillen jetzt weggelegt und ein Eindruck mit blossen Auge gewonnen werden.

Beginnen wir mit den Gemeinsamkeiten der politischen Verfassungen der Schweiz und Deutschlands. Da ist zu allererst der Bundesstaat

zu nennen. Für Deutsche und für Schweizer ist es selbstverständlich, in einem aus drei autonomen Ebenen – Stadt, Land oder Kanton, und Bund – bestehenden Bundesstaat zu leben.

Zuerst wird sich der Deutsche nach seinem Wohnort als Frankfurter, Hamburger oder Berliner verstehen. Ebenso identifiziert sich auch der Schweizer: er ist Basler, Berner oder Genfer. Etwas verblichen ist in der Schweiz im Laufe der Generationen der Bezug zum ererbten Heimatort. Die Identifikation mit dem Wohnort ist, wie der Schweizer Historiker Adolph Gasser festhält, geprägt durch die den beiden Völkern eigene Gemeindefreiheit. Sowohl das deutsche Grundgesetz als auch die Schweizerische Bundesverfassung garantieren diese. Gemeinden sind nicht Verwaltungen, sondern «allzuständige» Institutionen im eigenen und übertragenen Wirkungskreis. Ihre Zuständigkeiten sind grundsätzlich unbeschränkt.

Als zweiter wichtiger Pfeiler steht in der Schweiz die direkte Demokratie (oft in Gemeindeversammlungen). Manche sagen, sie fehle auf Gemeindeebene in Deutschland. Das hat sich aber in den vergangenen zwanzig bis dreissig Jahren stark geändert. Zunehmend gibt es auch in deutschen Gemeinden Volksabstimmungen über Sachvorlagen. Typisch sind ferner in Deutschland wie in der Schweiz direkte Wahlen der Exekutiven: der Bürgermeister und der Gemeinderäte. Bis zu diesem Punkt ergeben sich also für unser neuvermähltes schweizerisch-deutsches Ehepaar keine besonderen Gefahren, sich über ihre Institutionen nicht zu verstehen.

Sehr viel unterschiedlicher und als eine Quelle von Dissens kann sich aber schon die mittlere Ebene der Bundesländer bzw. Kantone darstellen. Die Zuständigkeit der deutschen Länder besteht in erster Linie in der Kulturhoheit. Mit der Kultur der Länder, einschliesslich ihrer Geschichte, identifizieren sich die Deutschen. Goethe und Schiller gehören im wesentlichen nach Thüringen, die Buddenbrooks von Thomas Mann in die norddeutsche Hanse und ihre Nachfolgeländer, und Friedrich der Grosse nach Berlin-Brandenburg. Kulturhoheit ist zwar auch den schweizerischen Kantonen eigen, aber die Dimension ist doch eher kleiner, was, wie mir scheint, oft etwas übersehen wird. Bildende und darstellende Kunst der deutschen Schweiz gehören nun einmal in den deutschen Kulturkreis, worauf die Schweizer auch stolz sein können oder sollten. Jacob Burckhardt ist zwar ein Basler, aber kulturell ein Deutscher (wenn nicht gar ein Europäer). Die

französische und italienische Schweiz lassen sich demgegenüber mehr dem französischen oder italienischen Kulturkreis zuordnen, wengleich der Genfersee und der Lago Maggiore stets eine grosse Anziehungskraft auch auf deutsche Künstler und Literaten ausübten.

Schwieriger fällt es Deutschen wie Schweizern, die Politik der Länder und Kantone zu verstehen. Die politischen Kompetenzen deutscher Länder und schweizerischer Kantone verhalten sich, grob gesprochen, umgekehrt proportional zu ihrer Grösse. Besonders deutlich kommt dies in ihren Finanzen zum Ausdruck. Die Schweizer Kantone, seien sie auch noch so klein, besitzen Finanzautonomie. Sie sind verantwortlich für ihre Einnahmen, Ausgaben und den Haushaltsausgleich. Zu diesem Zweck können sie Steuern, insbesondere die Einkommensteuer, festsetzen. Die deutschen Länder, seien sie auch noch so gross, besitzen lediglich eine Haushaltsautonomie; sie dürfen ausgeben, was ihnen an zentral beschlossenen Steuern zusteht oder ihnen an Steuerquoten und Finanzausgleich zugeteilt wird. Diese Mittel sind

Die politischen Kompetenzen deutscher Länder und schweizerischer Kantone verhalten sich, grob gesprochen, umgekehrt proportional zu ihrer Grösse.

zwar formal nicht zweckgebunden, aber durch eine grosse Zahl von Bundesgesetzen eingeteilt. Eventuelle Haushaltslöcher dürfen die Länder, was nicht unproblematisch ist, durch Kredite stopfen und, was noch bedenklicher ist, sie konnten bis zum Berlin-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2006 davon ausgehen, notfalls durch die Bund-Länder-Gesamtheit aus ihren Schulden ausgelöst zu werden.

Um diesen Schwachpunkt zu beseitigen, würde ein Schweizer vorschlagen: Erklärt doch die Länder für finanziell selbstverantwortlich. Dann werden sie – wie bei uns die Kantone – aus eigenem Antrieb sorgfältig haushalten. Manche werden zusätzlich Schuldenbremsen einrichten, um ihre Bonität am Kreditmarkt zu dokumentieren. Das bringt ihnen günstigere Kreditzinsen. Durch Selbstverantwortung würde der Föderalismus zu einer sich selbst steuernden Institution.

Die Idee eines Bundesstaates als Gemeinschaft sich selbst steuernder Einheiten ist freilich für viele deutsche Politiker schwer zu erfassen, ja systemwidrig. Aus der Sicht der Bundesregierung erhält der Bundesstaat erst als «unitarischer Bun-

desstaat» einen Sinn. Er ist ein Instrument im Wahlkalkül der Bundesregierung. Die Kanzlerin versucht, öffentliche Gelder so auf die Länder zu verteilen, dass sie wiedergewählt wird. Föderalismus wird nicht als «Autonomie», sondern als «Governance» verstanden. So lässt sich auch begreifen, dass der Bundesfinanzminister die aktuelle Föderalismusreform II zum Anlass nimmt, die Länderhaushalte verstärkt unter die Kontrolle des Bundes zu bringen. Ob er sich damit durchsetzen wird, werden die laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zeigen.*

In Deutschland wie in der Schweiz werden die wichtigsten politischen Entscheidungen auf Bundesebene getroffen: von der Exekutive, und der Legislative in den beiden Kammern des Parlaments. Beide Staaten haben ein Zweikammersystem. Weil aber in Deutschland die Bundesregierung versucht, viele Gelder von oben nach unten, vom Bund an die Länder, zu verteilen, entsteht Streit, vor allem in der Länderkammer, dem Bundesrat. Hinzu kommt, dass im deutschen Bundesrat fast immer eine andere Couleur in der Mehrheit vorherrscht als im Bundestag und somit Entscheidungen schwierig durchzusetzen sind.

In einem Punkt besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen den beiden Staaten: in Referendum und Volksinitiative, also im Recht der Bürgerinnen und Bürger, Parlamentsbeschlüsse an der Urne noch einmal zu überprüfen und über die Urne neue Vorlagen für den politischen Prozess bindend einzubringen. Solche direkten Abstimmungsrechte werden von 75 Prozent der Deutschen befürwortet.** So will es im Prinzip auch das Grundgesetz, wo es im zentralen Art. 20 Abs. 2 heisst: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.» Bis heute ist jedoch der Passus «und Abstimmungen» nicht eingelöst worden. Was einst angedacht war, wurde nach 1949 wegen des herannahenden Kalten Krieges verschoben und auch nach dessen Beendigung und der Wiedervereinigung Deutschlands nicht umgesetzt. Verbindlich sind die Volksabstimmungen häufig nicht. Die etablierten Politiker und Parteien wollten ihre Macht nicht mit den Bürgern teilen. Ein Dissens besteht also hier weniger zwischen Deutschen und Schweizern als zwischen jenen und den etablierten deutschen Politikern, die immer wieder zu begründen versuchen, warum direkte Demokratie auf Bundesebene in Deutschland nicht funktionieren kann.

* Charles B. Blankart und Erik R. Fasten: «Föderalismusreform auf der Kippe». FAZ vom 29. März 2008.

** In einer von Spiegel Online vom 5. April 2001 angeführten repräsentativen Umfrage sprachen sich 75 Prozent der Bürger für direkte Demokratie auf Bundesebene aus.

Unser neuvermähltes schweizerisch-deutsches Paar wird auf einem Gang durch die Walhalla berühmter Deutscher auch zu Ludwig Erhard, dem Schöpfer des deutschen Wirtschaftswunders, gelangen. Im Jahr 1948, also vor sechzig Jahren, realisierte er die Soziale Marktwirtschaft, ein Konzept, das seinerseits auf Vordenker wie Franz Böhm, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack zurückgeht. Idee und politische Realität fallen aber nur zu oft auseinander. Dass Erhard seine Soziale Marktwirtschaft politisch umsetzen konnte, verdankt er günstigen Umständen der ersten Stunde. Wer als einfacher Deutscher 1945 vorankommen wollte, musste in erster Linie arbeiten. Vom Staat, den es damals kaum gab, konnten nur Kriegsversehrte und Flüchtlinge das Nötigste erbetteln. Nicht das Sozialprodukt als Verteilungsmasse war von Bedeutung, sondern wie jeder sich durchschlug. Daraus resultierte dann das Sozialprodukt. Erhard sah nicht den Nachteil, sondern den Vorteil dieser Situation. Seine Überzeugung war: «Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.»

Seine einzigartige Entscheidung war es, 1948, einen Tag vor der Einführung der D-Mark, als Direktor der «Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes» Westdeutschlands alle Preisbindungen auf Gütern des täglichen Bedarfs aufzuheben. Damit war die Zeit der Rationierung überwunden, und zwar noch bevor andere Staaten, wie die Siegermacht Grossbritannien, dies schafften.

Das vordemokratische autoritäre alliierte Regime war für den Erfolg der Reformen wohl von entscheidender Bedeutung. Im Oktober/November 1948 wurde ein «Generalstreik» gegen Erhards Wirtschaftsreformen in der britisch-amerikanischen Bizone durch das Machtwort der Alliierten beendet. Erhard brauchte sich nicht um politische Mehrheiten zu kümmern. Das änderte sich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949. Nun gab es Parteien und Interessengruppen, etwa für Kohle, Landwirtschaft oder Versorgungsdienstleistungen; es gab Gewerkschaften, Rentner, öffentlich Bedienstete, die die Politik zu ihren Gunsten beeinflussen wollten. Sie alle sollten nach dem Willen Erhards im geplanten «Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen» den Regeln des Wettbewerbs unterworfen werden. Doch hier musste Erhard auf der ganzen Linie nachgeben. Erst im Jahr 1957 gelang es überhaupt, das Gesetz zu verabschieden. Auch konnten nur Kartelle und dergleichen in diesem Gesetz gebannt werden (allerdings we-

sentlich früher, als dies in der Schweiz gelang). Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle kamen erst später. Nicht angetastet blieben und erst in den 1990er Jahren dereguliert wurden die wettbewerblichen Ausnahmebereiche von Energie, Verkehr, Transport, Gesundheit, Post und Telekommunikation. Dies waren Erbstücke der korporatistischen nationalsozialistischen Planwirtschaft der 1930er Jahre. Aber nicht nur; sie waren auch Ausdruck des korporatistischen Denkens jener späteren Zeit, und darin waren nicht nur die Deutschen, sondern auch die Schweizer befangen. Die Schweizer können sich nicht auf die Schulter klopfen und sagen: bei uns war alles anders. Denn wir finden da die gleichen wettbewerblichen Ausnahmebereiche in den Versorgungssektoren wie in Deutschland.

Damit hätten ja heute beide Staaten ganz ähnliche Wirtschaftsverfassungen, meinte darauf die Schweizerin. Nein, entgegnete der Partner. Wir haben in Deutschland mächtige Interessengruppen, beispielsweise die Gewerkschaften. Deren Macht gründet auf dem Grundgesetz und auf

Damit hätten ja heute beide Staaten ganz ähnliche Wirtschaftsverfassungen, meinte die Schweizerin.
Nein, entgegnete der deutsche Partner.

dem dreistufigen System der Arbeitsgerichte, die die allgemeinen Vorgaben des Grundgesetzes konkretisieren und bisweilen ergänzen. Alle strittigen Fälle von Arbeitsverhältnissen kommen vor diese Gerichte. Nicht alle werden von den Gewerkschaften gewonnen. Aber die, die gewonnen werden, kumulieren sich über die Zeit zu einem undurchdringlichen Dickicht von Arbeitsmarktregulierungen. So wurde die anfänglich paritätische Arbeitsverfassung Schritt für Schritt gewerkschaftlich dominiert. Das Günstigkeitsprinzip wurde eingeführt und ausgedehnt, die nachwirkende Bindung der Arbeitgeber an die Tarifverträge höchststrichterlich verankert, der Kündigungsschutz massiv ausgedehnt, der frühere Eckpfeiler der Friedenspflicht wurde durch die Zulassung von Warnstreiks seiner Funktion enthoben. Über Gesetz wurde schliesslich die gewerkschaftliche Mitbestimmung auf Unternehmensebene durchgesetzt.

Andere Interessengruppen verstehen es, sich bei der Regierung als «nationale Champions» zu qualifizieren, um im Gefolge subventioniert oder sonstwie industriepolitisch begünstigt, im inter-

nationalen Wettbewerb mit den Grossen anderer Staaten mitspielen zu dürfen. Beispiele finden sich in Energie, Logistik und Verkehr. Meistens enden solche Versuche in einem Fiasko für Deutschland und den deutschen Steuerzahler.

Es kommt dann zu einer neuen, heute noch weitgehend unbekanntem Wirtschaftsordnung. Deutlich wird dies an der Wahrnehmung des Sozialprodukts. Dieses ist nicht mehr, wie einst zu Erhards Zeiten, die Summe individueller Anstrengungen, sondern es ist ein «Kollektivgut», das so zu verteilen ist, dass alle vertretenen Ansprüche befriedigt werden und ein gewisses Minimum an Produktionsanreizen für die industriepolitisch gewollten Branchen und Grossunternehmen der «Wirtschaft» noch erhalten bleibt.

Besonders deutlich kommt dieses «Kollektivgut-Modell» des Sozialprodukts im Teilbereich der Energiewirtschaft zum Ausdruck. Die Subventionierung erneuerbarer Energien kostete die Bundesbürger im Jahr 2006 etwa 3,2 Milliarden Euro, wofür die deutsche Stromwirtschaft EU-Umwelt-Zertifikate einspart, die dann verkauft

beit, Verkehr bis zu öffentlichen Diensten und dem Gesundheitswesen. Nur der Kohlebergbau fehlt. Auch sie sind typische Inlandindustrien, die das Sozialprodukt als Kollektivgut betrachten. Aber es bestehen doch Unterschiede zu Deutschland. Erstens gibt es wegen des Föderalismus in der Schweiz keine bundeseinheitliche Meinung, sondern mindestens 26 kantonale Meinungen. Die Macht ist verteilt. Innovationen können auf kantonaler Ebene ausprobiert und bei Erfolg von den Nachbarn übernommen werden. Zweitens ist die Schweiz in stärkerem Masse als Deutschland vom Export abhängig. Wettbewerbsfeindliche Interessenpolitik schlägt sich unmittelbar in der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen nieder, die sich dann gegen politische Experimente wehren. Drittens sind die sogenannten «Anspruchsrechte» in der Schweiz in geringerem Ausmass formal verankert als in Deutschland. Gewerkschaften haben deutlich weniger zu sagen. Eine SP-Initiative zur unternehmerischen Mitbestimmung wurde 1976 von Volk und Ständen abgelehnt. Von flächendeckender Anwendung von Lohn- und Gehaltstarifen wird abgesehen, wenn eine strikte Einhaltung für das Überleben eines Unternehmens gefährlich wird. Viertens scheitern regulierende oder stark umverteilende Gesetzesvorlagen oft an der Volksabstimmung, so etwa die «Kapitalgewinnsteuer» von 2001, die Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» aus dem Jahr 2003 oder die wöchentliche Höchst Arbeitszeit im Jahr 2005. Fünftens wurden einige wettbewerbshemmende Regulierungen, wie beispielsweise das Arbeitsvermittlungsmonopol, in der Schweiz gar nie eingeführt.

Solche Schranken verhindern es bislang, dass in der Schweiz das Sozialprodukt in grösserem Umfang zum «Kollektivgut» wird. Bestrebungen, es politisch zu plündern, können sich bislang nur beschränkt durchsetzen. Manche Debatte, die in Deutschland verbissen geführt wird, läuft in der Schweiz ins Leere. Der Föderalismus wirkt wie ein Wellenbrecher: die Wogen der oft aus Deutschland stammenden Ideologien werden vom föderalen Pluralismus abgebremst, und von den grossen Debatten bleibt am Schluss nur noch ein Schäumchen übrig. So war es auch mit unserem jungen Paar. Stillschweigend kamen sie überein, nicht immer alles gleich grundsätzlich lösen zu wollen, sondern Probleme pragmatisch Schritt für Schritt anzupacken.

Der helvetische Föderalismus wirkt wie ein Wellenbrecher: die Wogen der oft aus Deutschland stammenden Ideologien werden vom föderalen Pluralismus abgebremst.

und in anderen Industrien oder Staaten verbraucht werden. Der Nettoeffekt auf die CO₂-Bilanz ist exakt null. Es wird dort verbraucht, was hier eingespart wird. Aber die durch die Einspeisung erzielten Subventionen kommen einer neuen Klasse von Interessengruppen der Umweltindustrie zugute. Schon ganze Windmühlenwahlkreise leben von diesen Subventionen und stellen durch ihre Stimmkraft sicher, dass die Subventionspolitik perpetuiert wird. Subventioniert werden ferner politisch gefügte Klima-Think-Tanks, die die Politik der Regierung «politisch korrekt» unterfüttern und sich so ihre Finanzierung sichern. Es entsteht ein in sich geschlossener «politisch-industrieller Komplex». Die Soziale Marktwirtschaft kann heute, sechzig Jahre nach ihrer Gründung durch Ludwig Erhard, als politisch tot bezeichnet werden.

Gibt es solche Tendenzen auch in der Schweiz? Natürlich, antwortet die Schweizer Partnerin. Auch in der Schweiz finden sich die bekannten korporatistischen Interessengruppen, von der protegierten Landwirtschaft über Gewerbe, Ar-

CHARLES BEAT BLANKART, geboren 1942 in Luzern, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Es gibt beides: die geträumte und die wirkliche Schweiz. Der Unterschied ist kleiner, als viele glauben. Warum deutsche Unternehmer ihr Glück in der Schweiz versuchen.

(3) Vom Schwarm und Schwärmen

Karen Horn

Das schwärmerische Bild, das die meisten Deutschen von der Schweiz haben, ist das eines Sehnsuchtsorts. Wenn dieses Bild Schaden nähme, wäre nicht so sehr die Eidgenossenschaft beschädigt, sondern vor allem das träumerische Selbstverständnis der Deutschen. Sag mir, wonach Du Dich sehnst, und ich sage Dir, wer Du bist...

In diesen Wachträumen ist die Schweiz ein kleines, überschaubares, heimeliges und wohlhabendes Land im Süden, in dem die Bürger vernünftiger sind und vieles selbst direkt entscheiden, wo der soziale Zusammenhalt enger und harmonischer ist, wo die Verfassung die Freiheitsrechte und somit auch das Bankgeheimnis besser schützt, wo die Politik klüger steuert und weniger besteuert, wo die Wirtschaft schier gottgegeben brummt und Vollbeschäftigung herrscht. Es kommt noch der schlichte Wohlfühlfaktor hinzu, den eine spektakuläre Landschaft dem Betrachter gratis spendiert, tagein, tagaus.

Das alles ist dabei nicht nur ein schöner Traum, es ist auch tatsächlich so. Die Schweiz ist eine positive soziale Realität, ein erfolgreiches Experiment des politischen Zusammenlebens, das bekanntlich seit mehr als 700 Jahren abläuft, und dies in einer zwar berücksichtigenden, den Bürgern aber seit eh und je einiges an Beharrlichkeit und Kreativität abverlangenden Topographie. Naiv ist die sehnsüchtige Wahrnehmung also durchaus nicht, zumal die Deutschen auch einen kühlen Blick für Schattenseiten haben: für die vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten, eine nicht immer ganz einfache innere Integration, eine starke soziale Kontrolle, eine gewisse Enge.

Der Deutsche ist zwar romantisch veranlagt, aber er kann auch rechnen. Und das präzise. So geben für die Entscheidung vieler Deutscher, ihr Glück im Nachbarland zu versuchen, zumeist materielle Gründe den Ausschlag. Der erträumte Wohlfühlfaktor greift erst später – aber er greift verlässlich. Enttäuscht wird kaum einer, und ein Fünftel will für immer bleiben. Wie der Schweizer Internet-Vergleichsdienst *comparis.ch* herausgefunden hat, kommen die meisten deutschen Einwanderer aus rationalen Gründen – wegen der Aussicht auf mehr Lohn, geringere Steuern und bessere Beschäftigungsaussichten. Bei einer Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent (Mai 2008) in der Schweiz und 9,1 Prozent in Deutschland ist vor allem letzteres ein zugkräftiges Argument. Wenn die Deutschen erst einmal da sind, verlieren die materiellen Gründe für sie freilich an Bedeutung, und sie freuen sich vor allem über das schöne Land und die netten Menschen.

Auch das ist nicht nur schöner Traum, der im Alltag dann rasch weicht, sondern Realität, aller medialen Stimmungsmache im «Blick» (unter der hässlichen Überschrift «Wie viele Deutsche verträgt die Schweiz?») zum Trotz. Im vergangenen Jahr sind unter dem neuen Regime der Personenfreizügigkeit netto gut 30'000 Deutsche in die Schweiz gekommen, vor allem gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Dienstleistungssektor. Die Deutschen sind damit die am raschesten wachsende Volksgruppe in der Schweiz; man spricht von der «neuen deutschen Welle». Derzeit beträgt ihre Zahl rund 202'000, bei einer Landesbevölkerung von etwa 7,6 Millionen. 202'000, das ist zwar immer noch weniger als vor dem ersten Weltkrieg, als es 220'000 waren. Aber es bedeutet eine Verdoppelung innerhalb von acht Jahren.

Im Stadtbild ist es längst sichtbar, vor allem in den Metropolen. Wer kennt sie nicht, den säckelnden Kellner im Café an der Bahnhofstrasse in Zürich oder die rheinische KassiererIn im Kaufhaus? Die Sorgen mancher Schweizer, dass die Deutschen ihnen Arbeitsplätze wegnehmen oder zumindest die Löhne drücken, haben sich nach einer Analyse des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) nicht bewahrheitet.

Aber auch Unternehmer und ihre Unternehmen zieht es in wachsender Zahl in die Schweiz, kleine wie grosse, Eigentümer-Unternehmer wie auch Manager. Gerade letztere bezeichnet Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor der «Weltwoche», als einen «Segen für die Schweiz» und lobt insbesondere die Arbeit von Christoph Franz bei Swiss, Jürgen Dormann bei ABB, Car-

sten Schloter bei der Swisscom und Martin Kall bei Tamedia. Auch Thomas Limberger hat bei Oerlikon Grosses geleistet, obschon ihm sein hohes Salär am Ende übelgenommen wurde und er einpacken musste. Ulrich Schumacher, einst Vorstandsvorsitzender des Halbleiterherstellers Infineon, drohte 2003 nur – vor dem Hintergrund der deutschen Steuern und der Auswüchse der deutschen Mitbestimmung – mit Standortverlagerung, stiftete aber doch einigen Aufruhr. Spektakulär war im selben Jahr die dann auch tatsächlich erfolgte Standortflucht Theo Müllers, des Alleineigentümers von Müller-Milch, der gegen die enteignende deutsche Erbschaftsteuer zu Felde zog und noch immer zieht. Der Westfale Otto Happel, ehemals GEA-Grossaktionär und heute immerhin einer der 300 reichsten Einwohner der Schweiz, hat im Kunst- und Kulturzentrum Luzern seine Holding angesiedelt, die Vermögensverwaltungsgesellschaft Luserve AG. Doch reine Standortfluchten sind selten und von ganzen Schwärmen deutscher Unternehmen, die in die Schweiz einfallen, kann auch keine Rede

In Deutschland sind 1'200 schweizerische Unternehmen tätig, und diese setzen im Jahr rund 76 Milliarden Euro um und beschäftigen mehr als 250'000 Menschen.

sein, mancher Aufregung in Deutschland und in der Schweiz zum Trotz.

Die meisten deutschen Unternehmen haben sich nicht im engeren Sinne verlagert, sondern schlicht Niederlassungen gegründet, allen voran fast sämtliche deutschen Banken, von der Deutschen Bank bis zu Berenberg. Und dabei wird immer scharf gerechnet. Offiziell sind rund 1'000 deutsche Unternehmen als in der Schweiz tätig gemeldet, mit einem Jahresumsatz von insgesamt gut 46 Milliarden Euro und fast 100'000 Mitarbeitern. Der Geschäftsführer der Handelskammer Deutschland–Schweiz, Ralf Bopp, schätzt die tatsächliche Zahl (einschliesslich der Unternehmen, die zu klein sind, um gemeldet werden zu müssen) aber etwa doppelt so hoch. Was in all der künstlichen Aufregung über die «neue deutsche Welle» gern vergessen wird, ist die Tatsache, dass die Bilanz in umgekehrter Richtung noch beeindruckender tönt. In Deutschland sind offiziell 1'200 schweizerische Unternehmen tätig, und diese setzen im Jahr rund 76 Milliarden Euro um und beschäftigen mehr als 250'000 Men-

schen. In realer Rechnung dürften sich auch diese Zahlen verdoppeln.

Dass es die Wirtschaft in die Schweiz zieht – Kunststück, mag man meinen, angesichts der niedrigen persönlichen Steuern und Unternehmenssteuern sowie der höchst kreativen Wirtschaftsförderung der Kantone. Der grosse Unterschied zu Deutschland in dieser Hinsicht sind die Spielräume, die das föderale System den Kantonen in der Besteuerung lässt. Ralf Bopp bescheinigt den Kantonalverwaltungen «grössere Gesprächsbereitschaft» und eine Flexibilität, die regelmässig in Sondervereinbarungen mündet. Die Kantone Obwalden und Schaffhausen hatten zudem 2005 mit einer degressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen Furore gemacht; inzwischen sind die entsprechenden Gesetze vom Bundesgericht jedoch gekippt worden.

So wichtig, wie das Klischee es glauben macht, ist der im Vergleich mit Deutschland behutsamere fiskalische Zugriff und die aktive Wirtschaftsförderung freilich nicht – auch wenn, wie Bopp sagt, die Deutschen da «sehr alert» sind. Grössere Anziehungskraft noch entfalte die umfassendere unternehmerische Freiheit, die man in der Schweiz genießt. So seien die Unternehmer frei von der unternehmerischen Mitbestimmung, und derart einengende und teure Vorschriften wie das deutsche Antidiskriminierungsgesetz gebe es auch nicht. Es gibt so gut wie keine Streiks – die dezentral organisierten Gewerkschaften überspannen den Bogen selten. Eine weitere Erleichterung ist der geringere Kündigungsschutz. All dies heisst freilich nicht, dass es in der Schweiz besonders brutal zugehe. Wie Ralf Bopp betont, erlaubt es diese Flexibilität den Unternehmen vielmehr, den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel laufend im Inneren nachzuvollziehen, und das hält die Wirtschaft wettbewerbsfähiger.

Auch das technologische Umfeld in der Schweiz ist besonders günstig, mit der grossen Dichte von Forschungseinrichtungen wie den Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne sowie den Universitäten im ganzen Land. Zudem sind die Behördenwege kürzer und einfacher als in Deutschland, die Planungssicherheit ist grösser, die Sozialabgaben liegen weit niedriger, die Infrastruktur ist umfangreich und gut im Schuss. Und schliesslich wird in der Schweiz mehr gearbeitet als in Deutschland. Die Wochenarbeitszeit in der Schweiz beträgt durchschnittlich 41 Stunden, gegenüber 36 Stunden in Deutschland, und in der Schweiz sind für

einen Arbeitnehmer unter 50 Jahren 4 Wochen Urlaub üblich, gegenüber 6 Wochen in Deutschland. Wichtig seien auch die niedrigeren Lohnnebenkosten, sagt Bopp. Dass in der Schweiz die Arbeitgeber keine Krankenversicherungsbeiträge für ihre Angestellten entrichten müssten, sei schon eine spürbare Entlastung.

Für viele deutsche Unternehmen ist die Schweiz darüber hinaus auch schlicht als Markt attraktiv. Das Engagement der Deutschen in der Schweiz ist in der Regel kein kurzer, schwärmerischer Flirt, sondern es ist auf Dauer angelegt. So hat sich der Elektroinstallationspezialist OBO Bettermann schon vor vielen Jahren im Kanton Nidwalden niedergelassen, Trumpf hat in Grüşch (Graubünden) eine Filiale gegründet, Aldi plant jetzt die Errichtung des schweizerischen Hauptsitzes in Schwarzenbach in der Ostschweiz. Der Schraubenhändler Würth sitzt in Arlesheim. Die Würth AG (Schweiz) wurde schon 1962 mit dem einfachen Ziel gegründet, in der Schweiz Fuss zu fassen und Marktanteile zu erobern. Aus dem Zweimannbetrieb der Anfangszeit ist in 46 Jahren ein Unternehmen mit 572 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 146,1 Millionen Franken entstanden. *«Die Möglichkeit zur Potentialausschöpfung auf dem Schweizer Markt war entscheidend für die Eröffnung der Auslandsgesellschaft»*, sagt Andrea Frei von der Würth International AG, die in Chur ihren Sitz hat und als Konzerndienstleisterin übergeordnete Aufgaben für die gesamte Würth-Gruppe wahrnimmt. *«Da hat sich gar nicht die Frage gestellt, was in der Schweiz besser ist als in Deutschland.»*

Und dennoch hat die Schweiz klare Stärken. Bopp nennt die Nähe zum Kunden, zu den Lieferanten, zu Deutschland, die zentrale Lage in Europa, die Qualität der Arbeitskräfte – das alles sei *«Spitze»*. Allerdings müsse, wer sich in der Schweiz unternehmerisch betätigen wolle, den Markt vorher sorgfältig sondieren, warnt er. Man müsse sich die Kleinheit des Schweizer Markts bewusst machen: *«Für viele rechnet sich das nicht.»* Und man dürfe nicht vergessen, dass die Schweiz trotz der Personenfreizügigkeit noch immer keine Zollunion mit der EU habe, dass es also weiterhin Grenzkontrollen im Warenverkehr gebe – das koste Geld und sei lästig. Und schliesslich gehe die föderale Vielfalt der Schweiz damit einher, dass es nicht nur fiskalische Flexibilität, sondern auch vielfältige, voneinander abweichende Bestimmungen in den 26 Kantonen gebe – und damit auch ein gewisses Mass an Intransparenz und Zusatzadministration.

Doch auf jeden Fall ist die Schweiz gesamtwirtschaftlich ein sicherer Hafen – zumal jetzt, in einer Zeit, wo der Aufschwung in Deutschland abflaut und das Wirtschaftswachstum in der Schweiz, trotz des bereits hohen Wohlstandsniveaus, kräftiger und stabiler ist als andernorts, mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 3,1 Prozent im vergangenen Jahr und noch geschätzten knapp 2 Prozent im laufenden Jahr. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) rechnet, trotz der Abschwächung der Weltkonjunktur infolge der Finanzmarktkrise und den gestiegenen Rohstoffpreisen, nicht mit einem starken Abschwung, sondern erwartet eine – allerdings verlangsamte – Fortsetzung des Wachstums in der Schweiz, nicht zuletzt dank einer robusten Inlandnachfrage. Die Inlandnachfrage als Wachstumsmotor, das ist den Deutschen fremd. Darin zeigt sich abermals das hohe Wohlstandsniveau der Schweiz, wo das Pro-Kopf-Einkommen 2007 nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds 40'590 Dollar beträgt, gegenüber 33'023 Dollar in Deutschland.

Das Engagement der Deutschen in der Schweiz ist in der Regel kein kurzer, schwärmerischer Flirt, sondern es ist auf Dauer angelegt.

Nicht nur ist der Standort Schweiz – schon so, wie er ist – komfortabel. Auch die derzeit deutlich erlahmende Reformdynamik in Deutschland macht die Eidgenossenschaft im Vergleich attraktiver, wie das jüngste DACH-Reformbarometer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, der Wirtschaftskammer Österreich und von Avenir Suisse verdeutlicht.* Zwar werden darin als noch lauende Schwachpunkte der Schweiz die Fehlreize in den Sozialsystemen genannt, die verhindern, dass das Arbeitsangebot besser ausgeschöpft wird; die starre Altersbegrenzung der Erwerbstätigkeit; die ausbleibende Verlagerung von direkten zu indirekten Steuern. Doch das sind Klagen auf hohem Niveau. Schwärmen für die Schweiz: das ist weiterhin erlaubt.

* IW Köln/WKÖ/Avenir Suisse (2007): «Das DACH-Reformbarometer. Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz».

KAREN HORN, geboren 1966 in Genf, ist promovierte Volkswirtin und leitet das Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Deutsche Schriftsteller und Intellektuelle begegnen dem Schweizertum mit grösster Skepsis, von deutschen Politikern ganz zu schweigen. Einem Schweizer Gelehrten in Deutschland bleibt deshalb kaum etwas anderes übrig, als die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen – die Rolle des putzig-polyglotten Eingeborenen aus dem helvetischen Kultursphärenreservat.

(4) Wehret den Schweizern!

Andreas Urs Sommer

*Sag' an, Helvetien, du Heldenvaterland!
Wie ist dein altes Volk dem jetzigen verwandt?*
Albrecht von Haller

Ein älterer Kollege, hauptberuflich mit den Symbolen politischer Selbstdarstellung beschäftigt, fragte mich neulich in den Wandelhallen einer süddeutschen Universität, was denn eigentlich mit der Armbrust geschehen sei, die den Produkten aus der Schweiz stets ihr unverwechselbares Gepräge gegeben habe. Sie sei ihm, obwohl er mindestens zweimal jährlich einen Ausflug in die dunkel lockende Welt südlich von Lörrach und Konstanz unternehme, kaum mehr begegnet. Dabei hätte ihm die Armbrust stets als Inbegriff des Schweizertums gegolten.

Die Frage des deutschen Kollegen stürzt mich in beredte Ratlosigkeit. Wie konnte mir als Schweizer entgangen sein, dass die Armbrust als Kennzeichen und Gütesiegel der helvetischen Herkunft eines Produkts sich irgendwann verflüchtigt haben musste, so sehr, dass sie meinem Gedächtnis beinahe entschwunden war? Ich gab dem Kollegen zu verstehen, dass ich mich nicht einmal mehr entsänne, ob die Sehne der Armbrust gespannt war – aber selbst wenn nicht, war die Botschaft angedrohter oder praktizierter helvetischer Schlagfertigkeit unmittelbar verständlich. Weshalb jedoch wurden die Erzeugnisse der Schweizer Industrie und Landwirtschaft klammheimlich abgerüstet und durch nichtssagende Aufkleber wie «Swiss Made» ersetzt? Schwerlich,

weil sich mittlerweile herumgesprachen hatte, dass Pulverwaffen der Armbrust im Felde überlegen seien. Hängt der Verzicht auf das sprechende Symbol der Selbstbehauptung daran, dass man am Mythos jenes Helden irregeworden wäre, der vor dem Landvogtshut keine Demut hatte zeigen und sich den letzten Pfeil für den Landvogt selbst hatte vorbehalten wollen? Was sollte man einem Wilhelm Tell abgewinnen, der nur noch in Max Frischs Weichspülversion («Wilhelm Tell für die Schule») anstatt in Schillerscher Herbheit vor Augen stand?

Allerdings war die Nationalbank der Privatwirtschaft bei der Entwaffnung Tells schon längst zuvorgekommen. Der Fünfliber stellt zwar offiziell nur einen Alpherben mit Kapuzenhemd dar, der aber trotzdem als Wilhelm Tell identifiziert zu werden pflegt, malerisch passend zu der mit Schild und Lanze bewehrten Helvetia auf den niedrigeren Münzwerten. Nur eben: dieser Tell, ob vorgeblich oder nicht, kommt ohne Armbrust, ja überhaupt ohne Wehr' und Waffe aus oder hält sie zumindest ausserhalb des Bildrandes versteckt, wo sich auch seine Hände befinden müssen. Trotz diesen fast schon pazifistischen, obrigkeitlichen Vorgaben – das Münzbild stammt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – blieben privatwirtschaftliche Erzeugnisse noch mindestens 50 Jahre lang Armbrust im Anschlag. Liessen sie von ihr erst ab, als längst die letzten Pfeile verschossen, die letzten Landvögte durch die hohle Gasse geritten waren und ihre Rechnung mit Himmel und Welt gemacht hatten? Zeigt der lange Abschied von der Armbrust an, dass man den Willen zur Selbstbehauptung, zur Existenz als wehrhaftem Gartenzwerg Europas aufgegeben hat und nun, wie alle andern auch, ganz unbewaffnet im Sandkasten der Globalisierung mitspielen möchte? Hat die kindliche Naivität des Imponiergehaves mit der Armbrust der kindischen Hoffnung Platz gemacht, die von den Spielkameraden gebackenen Sandkuchen müssten so vorzüglich lecker munden, dass der Schweizer sie sich unbesehen aufschwätzen lassen könne?

Den deutschen Kollegen haben meine ad-hoc-Mutmassungen über das Schicksal der Armbrust (anstelle einer Antwort auf seine einfache Frage) sichtlich irritiert. Er erwiderte, es werde doch so schlimm nicht um das helvetische Selbstbewusstsein stehen, dass man sich ohne Wehr' und Waffen allen Zumutungen kampfflos ergebe, die aus der EU im allgemeinen und aus Deutschland im besonderen kämen. Sicher hätten die deutschen Politiker nicht Unrecht, wenn sie von der Schweiz

verlangten, Steuersünderdaten auszuliefern, das Bankgeheimnis abzuschaffen und den Fluglärm einzustellen. Aber dies müsse doch die Schweiz nicht gleich zur Selbstaufgabe bewegen. Denn sie habe ja durchaus eine Existenzberechtigung, umgeben und bedrängt von Europa. Wenn es Biosphärenreservate als Schutzgebiete bestimmter Vegetationszonen gebe, weshalb nicht auch Kultursphärenreservate? Und ist die Schweiz, fragt mich mein Gegenüber, nicht genau dies – ein Kultursphärenreservat, bevölkert von putzig-polyglotten Eingeborenen, die sich gastfreundlich, diskret und vor allem ruhig und neutral verhielten? Neutral, allem und jedem gegenüber, solange nur die eigene Kasse stimmt? Die Neutralität, so der Kollege, sei ja, wie ein deutscher Aussenpolitiker kürzlich spitz bemerkt habe, nichts weiter als der Versuch, sich aus der Politik und damit aus der Verantwortung für alles hinauszustehlen, was jenseits des eigenen Gartenzauns liege.

Der Kollege redet sich in Rage. Jahrzehntlang habe er steif und fest an das moralische Vorbild einer Schweiz geglaubt, die sich aus allen fremden Händeln heraus- und dabei das Ethos der Humanität hochgehalten habe. Er sei bereit gewesen, für die Schweiz als das bessere Deutschland jederzeit die Hand ins Feuer zu legen. Dann aber habe er sich beide Hände verbrannt, als die wahre Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ans Licht gekommen sei, als die Banken um die Rückgabe der jüdischen Vermögen gefeilscht, als die SVP ihren populistischen Isolationismus zu predigen begonnen und als das Stimmvolk sich der Öffnung zum EWR und zur EU verweigert hätten. Moralischer Niedergang in der dunkel lockenden Welt südlich von Lörrach und Konstanz: als letzte Werte gälten, so der deutsche Kollege, den Schweizern nurmehr das Bankgeheimnis und der Steuerwettbewerb.

Konsterniert von der Erkenntnis, selbst vielleicht nichts weiter als ein entlaufener, putzig-polyglotter Eingeborener eines politisch-moralisch korruptierten Kultursphärenreservats zu sein, zog ich mich mit der Entschuldigung aus der Affäre, ich müsse jetzt zu meiner Vorlesung. Der ältere Kollege blickte mir stirnrunzelnd nach, als hätte ich an den Verfehlungen meines Landes gewichtigen persönlichen Anteil.

Einfach auf sich beruhenlassen konnte ich die Sache nicht. Die unerquicklichen Stellungnahmen deutscher Gegenwartspolitiker in schweizerisch-deutschen Belangen, mit denen mich eine Internet-Recherche drangsaliert, fesseln meine Aufmerksamkeit freilich nicht nachhaltig. Zu

sehr grinst den Leser daraus das ökonomisch-politische Machtkalkül an, als dass man hier einem unvoreingenommenen Blick auf den verdächtig gewordenen Nachbarn begegnen könnte. Zwar ist in nachbarschaftlichen Beziehungen Unvoreingenommenheit ohnehin die seltene Ausnahme, aber zumindest dürfte man in der Voreingenommenheit ein gewisses Reflexionsniveau erwarten. Also grabe ich tiefer nach den geistigen Paten des Schweizüberdrusses, der aus den Äusserungen der Kanzlerin ebenso wie aus denen des älteren deutschen Kollegen spricht.

Man muss tief graben, bis in die Zeit der Weimarer Republik. Da stosse ich etwa auf das «Spektrum Europas», ein 1928 erschienenes Buch des baltischen Grafen und Lebensphilosophen Hermann Keyserling (1880–1946), das neben anderen europäischen Nationen auch die Schweiz einer scharfzüngigen Analyse unterzieht:^{*} Die Schweizer «haben keine grosse Idee mehr, die sie vertreten. Sie sind nicht mehr die Pioniere und Protagonisten der europäischen Freiheit. Hier setzt

* vgl. «Schweizer Monatshefte», Januar 1993, S. 14–21.

Der Kollege redet sich in Rage. Jahrzehntlang habe er steif und fest an das moralische Vorbild einer Schweiz geglaubt, die sich aus allen fremden Händeln heraus- und dabei das Ethos der Humanität hochgehalten habe.

denn das Intim-Tragische ein ... Die Schweizer sind ihrer heutigen Stellung gar nicht angepasst. Sie halten nicht nur nach wie vor auf rührende Weise daran fest, dass das Althergebracht-Eidgenössische vor allem zählt: sie halten sich als Nation und Idee für vorbildlich. In den Augen der gesamten übrigen Welt existieren sie aber heute ausschliesslich als Wirtsvolk und Wirtsland im weitesten Verstand. ... Das Schweizerisch-Völkische erfordert einen so engen Rahmen, dass jede Erweiterung desselben, schon gar jedes Heraustreten aus ihm, das Positive des Urbilds zerstört. Das gute Schweizertum ist unentrinnbar schollengebunden. So wirkt der von der Scholle so oder anders Losgelöste zwangsläufig unerfreulich».

Wenigstens attestiert Keyserling den ungeliebten Schweizern eine intime Tragik, auf die ich fast schon wieder stolz sein könnte. Immerhin verstehe ich jetzt das Stirnrunzeln des älteren deutschen Kollegen besser, der in mir einen solchen von seiner Scholle abgeirrten Schweizer erkannt haben musste. «Das Pochen der Schweizer auf Freiheit in einer Welt, in der diese Gemeingut

geworden, gehört vom Standpunkt der anderen ins Kapitel der kapitolinischen Gänse». Womöglich wäre es 1928 und danach tunlich gewesen, dem Schnattern dieser Gänse etwas mehr Gehör zu schenken.

Unter den Zeitgenossen Keyserlings, die auf die Gänse ohnehin nicht hören wollten, befand sich auch der Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985). Als Kronjurist des Dritten Reiches lange Zeit geächtet und dennoch ein wichtiger Inspirator für das politisch-philosophische und das juristische Denken der Bundesrepublik, hat er für die jüngsten Invektiven gegen die Neutralität als Praktik politischer Verantwortungslosigkeit in «Die Kernfrage des Völkerbundes» (1926) die Steilvorlage geliefert:

«In zahllosen Aufsätzen und Broschüren über den Völkerbund erscheint die Schweizer Eidgenossenschaft als ideales Vorbild ... Das Ideal wäre also eine Art Verschweizerung der Erde ... Ihre Politik ist eine konsequente Politik dauernder Neutralität, also eine Politik, deren entscheidender Richtpunkt es ist, nicht in die Politik hineingezogen zu werden oder, wenn man es scharf formulieren will: eine

Dem narzisstisch gekränkten Schweizer in Deutschland fällt auf, dass die Neutralität gegen aussen im Inneren ungleich grössere politische Handlungsspielräume offenzuhalten scheint.

Aussenpolitik der Vermeidung jeder Aussenpolitik. Wie kann ein dauernd neutralisiertes Land das Vorbild der übrigen Länder werden? Man müsste dann doch vor allem erst einmal die ganze Erde dauernd neutralisieren.»

Es versteht sich von selbst, dass Schmitt in dieser Neutralisierung ein Übel erkennt, das es um jeden Preis abzuwenden gilt. Aber vielleicht wäre – jenseits der Freund-Feind-Unterscheidung, die Schmitt als Kern des Politischen zu bemühen pflegt – eine dauerhaft neutralisierte Welt nicht die schlechteste politische Utopie. Zumindest dem narzisstisch gekränkten Schweizer in Deutschland fällt auf, dass die Neutralität gegen aussen im Inneren ungleich grössere politische Handlungsspielräume offenzuhalten scheint. Wäre es beispielsweise in Deutschland möglich, offen antieuropäisch zu politisieren, ohne der allgemeinen Ächtung zu verfallen? Auch wenn man die antieuropäische Politik gewisser helvetischer Kreise nicht gutheisst, ist ihre schiere Möglichkeit doch offenkundig ein Beleg für einen sehr

weitgespannten Freiheitsrahmen. Aussenpolitische Neutralität ist vielleicht keine schlechte Rahmenbedingung für eine ernsthafte politische Partizipation des einzelnen, die sich beispielsweise im demokratischen Deutschland letztlich darauf beschränkt, alle vier Jahre einen Abgeordneten wählen und täglich die Zeitung lesen zu dürfen. Sind es nicht die Deutschen selbst, die auf Politik längst verzichtet haben?

Immerhin erheben nicht allein die politisierend-moralisierenden Schweizverächter in der deutschen Geistesgeschichte ihre Stimmen. Ein Kosmopolit und zeitweiliger Wahlschweizer aus der preussischen Provinz Sachsen, Friedrich Nietzsche (1844–1900), bevorzugt eine überpolitische Perspektive:

«Kühnheit nach Innen und Bescheidenheit nach Aussen, nach allem Aussen» – eine deutsche Vereinigung von Tugenden, wie man ehemals glaubte, – habe ich bisher am schönsten bei schweizerischen Künstlern und Gelehrten gefunden: in der Schweiz, wo mir überhaupt alle deutschen Eigenschaften bei weitem reichlicher weil bei weitem geschützter aufzuwachsen scheinen als im Deutschland der Gegenwart. Und welchen Dichter hätte Deutschland dem Schweizer Gottfried Keller entgegenzustellen? Hat es einen ähnlichen wegesuchenden Maler wie Böcklin? Einen ähnlichen weisen Wissenden wie J. Burckhardt? Thut die große Berühmtheit des Naturforschers Häckel der größeren Ruhmwürdigkeit Rüttimeyers irgend welchen Eintrag? – um eine Reihe guter Namen nur zu beginnen. Immer noch dort wachsen Alpen- und Alpenthalspflanzen des Geistes, und wie man zur Zeit des jungen Goethe sich aus der Schweiz selbst seine hohen deutschen Antriebe holte, wie Voltaire Gibbon und Byron dort ihren übernationalen Empfindungen nachzuhängen lernten, so ist auch jetzt eine zeitweilige Verschweizerung ein rathsames Mittel, um ein wenig über die deutsche Augenblicks-Wirtschaft hinauszublicken» («Nachgelassene Fragmente», 1881).

Bedarf das noch des Kommentars? Unter dem Eindruck solcher Bekenntnisse ist man beinahe versucht, die vielbeschworene Swissness zu einer intellektuellen Tugend zu erklären. Kein Isolationismus, sondern ein munteres Bekenntnis zur allenthalben bedrohten intellektuellen Autonomie, meinestwegen um den Preis, sie nur im Kultursphärenreservat üben zu dürfen. Gerade fällt mein Blick auf eine alte Bleistiftschachtel, und ich stelle fest, dass die Sehne der Armbrust nicht gespannt war.

ANDREAS URS SOMMER, geboren 1972, lehrt Philosophie an der Universität Freiburg im Breisgau und ist wissenschaftlicher Kommentator der Werke Friedrich Nietzsches an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Seine «Kunst des Zweifelns» erschien eben in einer Neuausgabe bei C.H. Beck in München.

Die Schweiz gilt bei vielen Politikern und Bürgern unseres nördlichen Nachbarn als «Steuroase»: schlaue Gesetze sollen für den Zufluss ausländischer Gesellschaften sorgen und unverdienten Profit garantieren. So will es die Legende. Warum die deutsche Kritik am helvetischen Steuersystem haltlos ist.

(5) Die Mär vom Steuerstreit

Pierre Bessard

Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück fordert einen «Kampf» gegen «Steuroasen». Es erstaunt deshalb nicht, dass die deutsche Regierung am prominentesten hinter einem Entscheid der Europäischen Kommission steht, der helvetische «Steuerprivilegien» anprangert. Demnach werden kantonale Unternehmenssteuerregelungen der Schweiz zugunsten von Holdings, gemischten Gesellschaften und Verwaltungsgesellschaften als eine Form wettbewerbsverzerrender staatlicher Beihilfe dargestellt. Und natürlich wird nach deren Abschaffung verlangt.

Tatsache ist, dass die über 20'000 Holding-Gesellschaften in der Schweiz ein Vermögen von rund 500 Milliarden Franken verwalten. Angesichts tiefgreifender Steuerreformen in vormals verschlafenen Kantonen, wie Obwalden, und der anhaltenden Attraktivität von Kantonen wie Zug ist keine Trendumkehr in Sicht – im Gegenteil. Das Wachstum setzt sich fort: im Jahr 2007 wurden in der Schweiz 25 Prozent mehr Holdings gegründet als im Vorjahr.

Diese Beteiligungsgesellschaften werden zu drei Vierteln von Schweizern aus der Taufe gehoben. Auf Ausländer entfielen 577 von den insgesamt 2'113 Neugründungen im Jahr 2007. Was der deutschen Regierung ein Dorn im Auge ist: besonders der Anteil der deutschen Holdinggründer wächst. Hinter jeder zehnten neugegründeten Holding sind Deutsche am Werk, wobei sie die mit Abstand grösste Fraktion ausländischer Investoren bilden, die ihre Beteiligungen von der Schweiz aus verwalten.

Die EU (und Deutschland) wirft der Schweiz vor, ihre Holdingbesteuerung verstosse gegen den Artikel 23 (iii) des Freihandelsabkommens von 1972. Im Text heisst es, «*dass jede Hilfestellung der öffentlichen Hand, welche die Konkurrenz unter Unternehmen oder der Produktion von Waren beeinträchtigt oder zu beeinträchtigen droht, mit dem Geist des Abkommens unvereinbar ist*».

Richtig ist, dass die EU sogenannte «staatliche Beihilfen steuerlicher Art» grundsätzlich verbietet. Sie setzt sich vor allem gegen eine Diskriminierung zwischen inländischen Steuerpflichtigen und jenen anderer Mitgliedstaaten ein, die entweder durch eine niedrigere Besteuerung ange lockt oder umgekehrt gegenüber ansässigen Steuerpflichtigen benachteiligt werden. In diesem Zusammenhang wendet auch die EU seit 1997 einen «Verhaltenskodex» an, der jene Besteuerungsmassnahmen betrifft, die «*den Standort für wirtschaftliche Aktivitäten in der Gemeinschaft spürbar beeinflussen oder beeinflussen können*». Offensichtlich soll also der Kodex vor allem die «Abstimmung mit den Füßen» der Kapitaleigentümer innerhalb der EU unterbinden. So hat die Europäische Kommission innerhalb ihres Gebiets 66 Steuerpraktiken identifiziert, die «schädliche» Elemente aufweisen. Die Kommission fordert regelmässig die Abschaffung oder Anpassung entsprechender Steuerregimes in den Mitgliedstaaten. Bedeutende Unternehmensstandorte, wie Irland, Belgien und Luxemburg, mussten ähnliche «Steuerstreite» mit Brüssel durchstehen – an vorderster Front agierte übrigens oft die deutsche Regierung.

Grundsätzlich verwischt der Begriff der «staatlichen Beihilfe steuerlicher Art» den entscheidenden Unterschied zwischen «nicht nehmen» und «geben», indem sie eine günstige Besteuerung einer Subvention gleichstellt. Der Verzicht auf eine Belastung würde also bereits eine Vergünstigung darstellen, was impliziert, dass die Einkommen und Vermögen der Bürger generell und primär dem Staat zuständen. Diese politische Aneignung von Ressourcen stellt die europäische Rechts tradition auf den Kopf. Die ganze Problematik dieses Denkens offenbart sich, wenn die Kommission staatliche Beihilfen, darunter jene steuerlicher Art, also in ihren Augen letztlich auch nicht erhobene Steuern, definiert als «*staatliche Ressourcen gleich welcher Art, die den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen*».

Dennoch die Frage: Wären selbst nach EU-Definition die kritisierten schweizerischen Steuerregimes überhaupt «staatliche Beihilfen steuer-

licher Art»? Es wird zwischen inländischen und ausländischen Einkünften unterschieden, und darin liegt auch die Krux der Scheinargumentation der EU. Denn die kantonalen Regelungen stellen gar keine Diskriminierung der inländischen und keine Vorzugsbehandlung ausländischer Gesellschaften dar. Sie stehen vielmehr allen wirtschaftlichen Akteuren offen – unbesehen von deren Nationalität oder deren Produktions- oder Wirtschaftssektor. Die differenzierte Besteuerung inländischer und ausländischer Einkünfte dient lediglich dazu, eine mehrfache Besteuerung derselben Gewinne zu vermeiden.

Abgesehen davon regelt das Freihandelsabkommen ausschliesslich den Handel mit bestimmten Waren. Es lässt keine Beurteilung der Unternehmensbesteuerung unter dem Aspekt der «Wettbewerbsverfälschung» zu, wie dies von der EU behauptet wird. Die angeprangerten Steuer-massnahmen bestanden schon 1972. Als Bestandteil des EU-Vertragswerks sind die Beihilferegeln auch nicht auf das Drittland Schweiz anwend-

Das weniger gefräßige Schweizer Steuersystem erlaubt es knappem Kapital, für produktive Zwecke aufbewahrt und später in Deutschland wieder eingesetzt zu werden.

bar, ebensowenig wie der Verhaltenskodex, der 25 Jahre nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zustande kam. Eine Beeinflussung des Warenhandels zwischen der Schweiz und der EU ist schon darum nicht möglich, weil Beteiligungsgesellschaften definitionsgemäss gar keine warenverkehrsorientierte Tätigkeit ausüben. Die Kriterien der EU können also keineswegs geltend gemacht werden. Man kann es drehen, wie man will: die Kritik des schweizerischen Steuersystems beruht auf nichts.

Die Maskerade der EU-Hochsteuerländer wird noch offensichtlicher, wenn die Realität hinter den EU-Lippenbekenntnissen zum Wettbewerbsschutz betrachtet wird. Trotz grundsätzlichem Beihilfeverbot kennt die Beihilfepolitik der EU zahlreiche steuerliche und nichtsteuerliche Ausnahmen in Milliardenhöhe, wie der umfassende, im Jahre 2007 veröffentlichte Bericht des schweizerischen Bundesrates über staatliche Beihilfen an Unternehmen in der EU zeigt. Bemerkenswerterweise fliessen 65 Prozent der staatlichen Beihilfen in der EU in das verarbeitende

Gewerbe und den Dienstleistungssektor. Lediglich 26 Prozent werden für die Landwirtschaftspolitik und die Fischerei eingesetzt, 6 Prozent für den Kohle- und 2 Prozent für den Verkehrssektor.

In den EU-Mitgliedstaaten werden tatsächlich staatliche Beihilfen in Form von Zuschüssen, gezielten Steuererleichterungen und -befreiungsmassnahmen, Unternehmensbeteiligungen, zinsgünstigen Darlehen, Steuerstundungen und Bürgschaften eingesetzt. Schlimmer noch: mit der laufenden Reform der EU-Beihilfepolitik wird die Möglichkeit der Gewährung staatlicher Beihilfen in bedeutenden Bereichen erweitert. So genehmigte die EU im Jahre 2006 eine kontroverse, 363 Millionen Euro teure Subvention der deutschen Regierung auf Kosten der Steuerzahler, für ein neues BMW-Montagewerk.

Der Vorwurf der «Wettbewerbsverfälschung» an die Adresse der Schweiz dient also lediglich als Vorwand. Es geht allein um die Schwächung eines wettbewerbsfähigeren Standorts. Eine relativ attraktive Besteuerung im kleinen Nachbarland Schweiz, die weniger auf staatliche Beihilfen setzt, bedroht die kostspielige Rentenökonomie und Privilegienwirtschaft der deutschen Regierung. Will aber ein selbständiger deutscher Unternehmer Kapital für die Entwicklung seiner Tätigkeit anhäufen, bleibt ihm oft keine andere Wahl, als nach Holdinglösungen und weiteren strukturellen Optimierungsoptionen im Ausland Ausschau zu halten. Wenn Nachfolgeregelungen oder Betriebsübergaben anstehen, verstärkt sich diese Tendenz noch zusätzlich. Deutsche Erbschaftssteuern können bekanntlich zur Zerschlagung ganzer Firmen führen.

So ist die Sitzumlagerung ins Ausland oft die einzige Möglichkeit, um ein Unternehmen mit seinem Fachwissen, seinen Produktionsstätten und seinen Arbeitsplätzen erfolgreich zu führen oder vor einer steuerbedingten Demontage zu retten. Würden die Muttergesellschaften dieser Unternehmen in Deutschland besteuert, wäre der Wohlstandsverlust beträchtlich. Das weniger gefräßige Schweizer Steuersystem erlaubt es also knappem Kapital, für produktive Zwecke aufbewahrt und später in Deutschland wieder eingesetzt zu werden. Es dient indirekt den meisten Deutschen, wenn auch nicht der deutschen Regierung und ihrem subventionsabhängigen Hof.

PIERRE BESSARD,
geboren 1975, ist
Direktor des Liberalen
Instituts in Zürich.

Die Deutschen mögen uns. Sie finden uns freundlich, was wir aber faktisch weder sind noch sein wollen. Wir bemühen uns bloss, höflich zu sein. Das ist ein himmelweiter Unterschied.

(6) Deeskalierend höflich

Andreas Thiel

Wir Schweizer sind nicht freundlich, wir sind höflich. Die Höflichkeit ist eine grundlegend helvetische Tugend. Die Deutschen, bei deren Umgangsformen die Höflichkeit nicht zuvorderst steht, unterliegen dem Fehler, die schweizerische Höflichkeit als Freundlichkeit zu interpretieren. Daher kommt die Begeisterung der Deutschen für die Schweiz. Dass die Deutschen uns mögen, ist die Folge eines Missverständnisses.

Unsere ausgeprägten Höflichkeitsformen erlauben es uns, in der Schweiz trotz kultureller und sprachlicher Unterschiede friedlich zusammenzuleben. Die schweizerische Höflichkeit dient dem Frieden, der Stabilität und somit dem Wohlstand. Der Deutsche, der unsere Höflichkeit mangels besseren Wissens persönlich nimmt, ist sofort begeistert von der Schweiz. Bleibt er hier, wird er aber bald mit der Distanz konfrontiert, die die Höflichkeit von der Freundlichkeit unterscheidet. Er trifft auf eine Reserviertheit, die er nicht erwartet hat. Auch merkt er, dass er bei den Schweizern nicht ankommt. Trotz freundlicher Gesinnung mangelt es ihm an Höflichkeit. Es fehlt ihm sowohl der freundliche Umgangston wie auch die nötige Distanz.

Die Deutschen haben ein konfrontatives Gesprächsverhalten. Was ein Deutscher sagt, klingt in Schweizer Ohren oft wie ein Befehl. In der Schweiz hingegen pflegt man die permanente Deeskalation. Das Gesprächsverhalten des Schweizern ist nicht gezielt vorpreschend, son-

dern präventiv abschwächend. Unsere höchsten Güter sind der Konjunktiv und der Diminutiv. Flankiert werden diese Schätze der Konsenskultur noch von der beschwichtigenden Verharmlosung, der anekdotischen Übertreibung und der auflockernden Ironie.

Ein deutscher Freund fragt mich in der Beiz: «Noch ein Bier?», um dann nach einem kurzen «Ja» meinerseits folgende Bestellung aufzugeben: «Noch zwei Bier!» Schweizer hingegen deeskalieren Frage, Antwort und Bestellung präventiv: «Was meinsch, sölle mer ächt no eis näh?» – «I gloube, s schönnt nüt schade...» – «Mir numte de äüä no eis.»

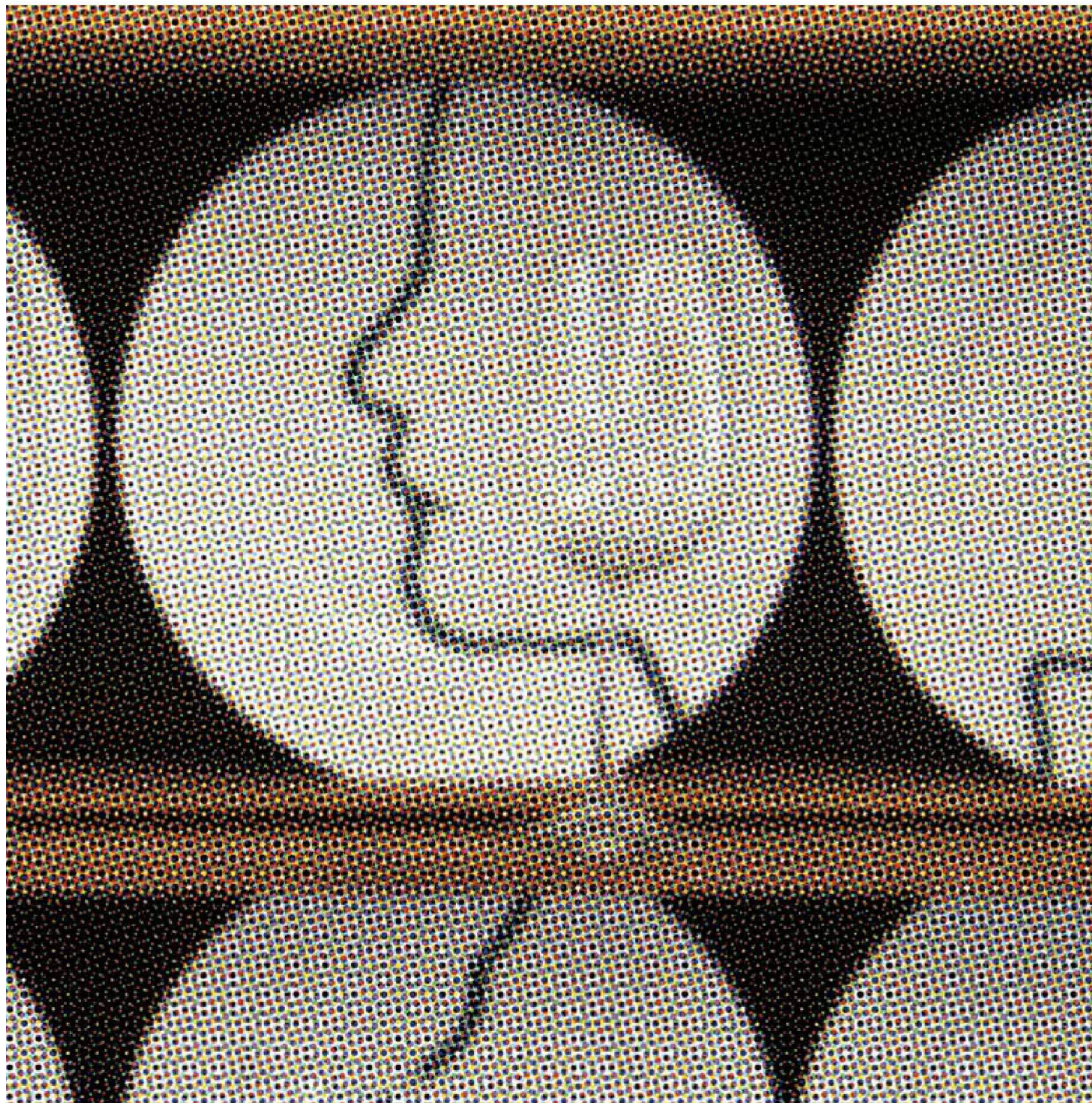
Je ernster das Gespräch ist, desto vielfältiger sind die Deeskalationsfloskeln, die wir – obwohl in ihrer Form unsachlich – zur Versachlichung des Themas anwenden. Ein Schweizer vermeidet absolute Sätze wie: «Das stimmt nicht!» Er würde eher sagen: «Vielleicht liege ich komplett falsch, aber könnte es nicht auch sein, dass...?». Statt «Das geht nicht» sagt er vielleicht: «Vielleicht sollte ich das jetzt nicht sagen, aber wäre es nicht noch eine Überlegung wert...?» usw.

Im absoluten Ernstfall greift der Schweizer zur Verharmlosung. Entsteht bei einem Unfall erheblicher Blechschaden, sagt der Geschädigte zum Schuldigen: «Das isch nid eso schlimm.» Es handelt sich dabei aber um deeskalierende Höflichkeit und nicht um eine Freundlichkeit. Die Übertreibung wiederum dient der Auflockerung verfahrenerer Situationen. Ein Satz wie «Das unterschreibe ich nicht», geht dem Schweizer schwer über die Lippen. Er lacht eher kollegial und fragt: «Wollen Sie mich in Ketten legen?» oder erkundigt sich nach der Reiseroute der Galeere, auf die man ihn zu verbannen gedenke. Auch die helvetische Ironie dient der Entspannung hitziger Debatten: «Wissen Sie was? Sie haben recht! Aber nur bis nach der Kaffeepause.»

Das Fundament des schweizerischen Konsenses ist eindeutig der Diminutiv. Nichts wirkt deeskalierender als «I schicke Dir es Verträgli», «I gloube, mir müesse mau zäme nes Wörtli rede...», «Möge mer no nes Fläschli?» oder «Mir hei drum es Böötli uf em Thunersee».

Einem deutschen Freund ist dennoch kaum guten Gewissens zu raten, er möge das schweizerische Gesprächsverhalten einfach so übernehmen. Viele wichtige Dinge darf man in der Schweiz nicht verniedlichen. Wo Geld, Macht und Autorität im Spiel sind, kann man den Schweizer mit dem Diminutiv leicht beleidigen. Gerade beim Diminutiv bekommt der Schweizer sehr schnell





«La salle du monde Bern»: alljährlich am 3. September wird seit 2004 für die Zufallsgesellschaft der 100 «Berner» und 50 Gäste ein Abendessen auf einem persönlichen Tafelgedeck im öffentlichen Raum der Stadt Bern serviert. Auf die 150 Porzellanteller ist die Profillinie jedes Teilnehmers eingegraben, in die 150 Kristallgläser seine Signatur eingraviert. Für den Rest des Jahres werden die Gedecke in vier Schrankkoffern aufbewahrt. Seit 2006 wird der Anlass vom Verein «La salle du monde Bern» organisiert.



das Gefühl, man mache sich über ihn lustig. Die Verwendung der Endung «-li» im Hochdeutschen klingt wie eine schlechte Parodie. Viele Schweizer würden Deutsche, die vermeintlich helvetische Diminutive in ihre deutschen Sätze einpacken, gerne erwürgen. Aber das widerspräche unserer Deeskalationsstrategie. Wären wir freundlich, würden wir die Deutschen natürlich auf dieses Malheur aufmerksam machen. Aber das tun wir nicht. Wir sind zu höflich.

Wenn schon, sollten Deutsche, solange sie Hochdeutsch reden, beim Verniedlichen auch die korrekte deutsche Endung «-chen» benützen oder dann gleich ganze schweizerdeutsche Floskeln auswendig lernen und zwischen ganz normalen hochdeutschen Sätzen bei Gelegenheit gezielt einsetzen. Mit Sätzen wie «Geits no?!», «Mir isch glüch» oder «Pfinger ab der Röschti» macht man sich eher Freunde als mit «Ich hab mal dort drübe nes Stängeli getrunke, es hat nur drü Fränkli gekostet».

**Deutschland hat eine Overstatement-Kultur.
Die Schweiz pflegt das Understatement. Schweizer sind tendenziell unsicher und underdressed, dafür gut rasiert, und zwar mit der teuersten Klinge, die gerade zu haben war.**

Deutschland hat eine Overstatement-Kultur. Die Schweiz pflegt das Understatement. Schweizer sind tendenziell unsicher und underdressed, dafür gut rasiert, und zwar mit der teuersten Klinge, die gerade zu haben war. Der Schweizer liebt Qualität, aber er trägt sie nicht zur Schau. Je mehr Vermögen ein Schweizer hat, desto kleiner ist das Auto, das er fährt. Dass es vollbepackt ist mit sämtlichen Extras, die ab Werk nicht dabei waren, braucht ja keiner zu wissen. Beim deutschen Autofahrer hingegen sieht man auf den ersten Blick das Maximum, das er sich leisten kann.

Schweizer pflegen das Understatement auch sprachlich, und das bei weitem generöser als nur mittels des Diminutivs. Der Schweizer spricht grundsätzlich mit chaotischer Satzstellung, wobei er grammatikalische Mischtechniken zu verwenden scheint. Sätze wie «Chum, mir göh gones Kafi go näh» erscheinen uns fraglos geglückt, obwohl sie eigentlich eine grammatikalische Katastrophe darstellen: «Komm, wir gehen gehen einen Kaffee gehen nehmen.» Geradezu eine

Passion der Schweizer ist es, Redewendungen zu vermischen: «Jetzt müssen wir mal einen Nagel einschlagen, der Hand und Fuss hat!» oder «Da haben wir das Pferd von hinten auf den Kopf getroffen». Der Schweizer weiss, dass er nicht druckreif Schriftdeutsch sprechen kann, also macht er aus der Not eine Tugend und improvisiert Metaphern sinngemäss. Das Gegenüber weiss dann schon, wie es gemeint war. Und da unterscheidet sich der Deutsche wesentlich vom Schweizer. Deutsche nageln sich gegenseitig grammatikalisch fest. Deutsche sind für Schweizer verbale Bodybuilder. Wenn ein Deutscher seinem Schweizer Gesprächspartner vorhält: «Dies hast Du gesagt!», und der Schweizer erwidert: «Ja, aber ich habe das gemeint...», dann beharrt der Deutsche auf seinem Standpunkt: «Nein, Du hast es so gesagt!» Da kommt im umgekehrten Fall der Deutsche dank der schweizerischen Deeskalationsmischtechnik viel besser davon: «Hast Du vorhin nicht dies gemeint?» – «Nein, ich habe das gesagt!» – «Ach, so hast Du das gemeint...»

Dass das helvetische Gesprächsverhalten, obwohl es weniger geschliffen daherkommt, wegen der durch sprachlichen Unernst beschützten Sachlichkeit zwischen den Zeilen viel effizienter und ergiebiger ist als eine nüchtern präzise Gesprächskultur, zeigt sich schon am Gang der Schweizer Wirtschaft, von Wissenschaft und Forschung ganz zu schweigen.

Die Schattenseiten dieser Konsenskultur liegen in der öffentlichen Zensur im Namen des Konsenses. Selbst unser Humor hat sich zwischen die Zeilen verlegt. Der Konsens lässt weder das unglaublich Schlechte noch das bemerkenswert Gute zu. Auch das Hervorragende und das Aussergewöhnliche werden auf den Konsens zusammengestutzt. Das deeskalierende Understatement artet zeitweilig in Selbstverneinung aus («La Suisse n'existe pas»), in Anbiederung (Bergier-Bericht) und in Selbstzerfleischung (Banken-Vergleich). Aber wenn man es zwischen den Zeilen betrachtet, dann war auch das alles nicht ganz so ernst gemeint. Die Schweiz war nur höflich.

ANDREAS THIEL, geboren 1971, ist Kabarettist und Satiriker. Eben ist seine neue CD «Politsatire 2» erschienen. Seine internationalen Tourneen führten ihn in den letzten Jahren auch durch Deutschland.

Kein Schweizer Film lockte jemals so viele Menschen in die Kinos wie die «Die Schweizermacher». Wie ein Film ein Vierteljahrhundert lang dafür sorgte, dass Deutsche nicht in die Schweiz einwanderten.

(7) Die Deutschenverschrecker

Suzann-Viola Renninger

Also, ich fasse zäme: In oiserem Land isch jede willkchome, sig's als Turischt, als Arbaiter. De Fremdi sötted mir uf all Fäll immer akchzeptiere. Öppis anders isch es, wänn er in oiserem Land bliibe wott, wänn er s'Bürgerrächt beatrait. Dänn mues er sich uf irgend än Art aapasse, er mues sich assimiliere. Wie scho än früenere Fremde-polizeischef gschribe hät: «Wir glauben, dass die Assimilation jener Zustand ist, bei welchem der bei uns anwesende Ausländer nicht mehr auffällt.» Nänned Si mir e paar Aigeschafte, wo mir bimene Usländer vorusseze müend, damit er Bürger vo oiserem Land werde chan. Wie mues er si?

Noitral...Flisig...Solid.

Solid. Zum Bischpil.

Beschaide, charakchterfescht.

Guet. Das git grad es «C-H».

(O-Ton, «Die Schweizermacher» 1978, erste Szene)

Der Kinofilm «Die Schweizermacher» ist nunmehr seit 30 Jahren der unangefochten erfolgreichste Schweizer Film. «Die Deutschenverschrecker» wäre der angemessenere, allerdings auch entlarvendere Name gewesen. Filmen und Büchern wird im allgemeinen nachgesagt, dass sie einem die Augen öffnen und zur Aufklärung beitragen. «Die Schweizermacher» sind ein schlagendes Gegenbeispiel. Der beliebteste Schweizer Komiker, einer der bekanntesten Schweizer Schauspieler und einer der besten Schweizer Regisseure – Emil Steinberger, Walo Lüönd und Rolf Lyssy – schafften in 104 Minuten mit Charme und Humor, was keinem Schweizer Politiker und keiner Medienkampagne weder jemals zuvor noch jemals danach derart effizient und nachhaltig gelungen ist: die Deutschen blieben der Schweiz fern. 25 Jahre hat die Wirkung angehalten, erst in den letzten Jahren ist sie abgeflacht. Jeder, der die Zuwanderung der Deutschen stoppen möchte, scheint daher gut beraten, das einheimische Filmschaffen zu fördern und dafür zu sorgen, dass ein weiterer Film nach Art der «Schweizermacher» gedreht wird.

1991 – da befand Deutschland sich im zweiten Jahr nach der Wiedervereinigung, die den neuen Bundesländern blühende Landschaften

bringen sollte, die Arbeitslosenquote betrug 7.3 Prozent, und der Erfolg der «Schweizermacher» war noch ungeschmälert; in der Schweiz lebten gerade mal 85'136 Deutsche (Ende 2007 betrug der «Bestand» nach Auskunft des Schweizerischen Bundesamtes für Statistik dann schon 201'889); und ich hatte soeben beschlossen, in die Schweiz umzuziehen. Bemerkenswert war, dass jedesmal, wenn ich in Deutschland von meinen Plänen erzählte, jemand ausrief: «Was? In die Schweiz? Zu diesen Spiessern?» Niemand von diesen Personen war je in der Schweiz gewesen. Doch entscheidend war wohl, dass sie «Die Schweizermacher» gesehen hatten. Nun, ich liess mich nicht beirren – spiessig sind ja sowieso immer die anderen – und stand einige Wochen später am Schalter eines Grenzpostens, um die Einreiseformalitäten zu erledigen. Der Schweizer Beamte fragte, mit Blick auf meine Unterlagen und den deutschen Pass, nicht etwa: «Haben Sie etwas zu verzollen?» Nein, er fragte: «Haben Sie «Die Schweizermacher» gesehen?»

In meiner Antwort, dass ich dies bisher veräumt hätte, muss er wohl den Grund für meine Einreise gesehen haben. In der Tat waren die Deutschen in der Schweiz damals so selten, dass zu meiner Charakterisierung noch «*die Deutsche*» genügte, sowohl in Brugg, wo ich wohnte, wie auch in Zürich, wo ich arbeitete. Ein Sonderstatus, dessen Verlust ich 15 Jahre später – der Schweizer «Blick» titelte «*Machen Deutsche aus der Schweiz ein 2. Mallorca?*» – offenbar so demonstrativ bedauern muss, dass ein Schweizer Kollege spöttisch bemerkte, ich benähme mich wie eine echte Seconda, die als in der Schweiz geborenes Kind ausländischer Eltern auf eine derart umfassende Art und Weise assimiliert ist, dass sie die Einwanderung von Ausländern der eigenen Herkunft ablehnt.

«Spiesser!» Ein vernichtenderes Urteil können Deutsche kaum fällen. Es hielt der Überprüfung nicht stand. Ich fand unter den Schweizern nicht auffällig viele Spiesser. Die Blumenrabatte mit Gartenzweig, der Jogginganzug als Freizeitkleidung, die umhänkelte Toilettenpapierrolle auf der Hutablage des Autos, oder der angeleinte Rauhhaardackel als bester Gefährte – typische Ingredienzen deutscher Spiessigkeit – schienen mir in der Schweiz eher selten zu sein. Was hatte der Film vermittelt, das so abschreckend hätte sein können? Auf Besuch in Deutschland, bekam ich auf meine Nachforschungen drei Kriterien der Schweizer Spiessigkeit zu hören: erstens «die Sprache», zweites «die Müllsäcke» und drittens «die Fremdenfeindlichkeit».

Der Chuchichäschtli-Mythos will, dass die Schweizer hartnäckig Schweizerdeutsch sprechen, und das sei nicht nur unverständlich, sondern auch schwer zu erlernen, Integration daher unmöglich. Beispiel «Chuchichäschtli», ein Wort, das auf der Tafel steht, als eine der Anwärterinnen auf Einbürgerung im Film ambitioniert, aber erfolglos in einem Kurs für Schweizerdeutsch sich das «*hintengebildete* <ch>» anzueignen versucht. Unnötigerweise. Schweizer sprechen hervorragend Deutsch! Sie glänzen durch Sprachgewandtheit, rhetorische Brillanz, haben meist wohltonende Stimmen und sind polyglott. Es gehört jedoch zur nationalen Verschwörung, hartnäckig jeden Deutschen zu fragen, ob er Mundart verstehe, um sich danach zur masochistischen Behauptung zu versteigen, Schweizer seien den Deutschen unterlegen, weil sie des Hochdeutschen nicht mächtig seien. Nichts als ein geschickter Schachzug. Abschreckung durch Lob dessen, was wir Deutschen gerade nicht sind: sprachgewandt. Die Deutschen gelten, und dies wohl nicht zu Unrecht, als in Fremdsprachen nicht sonderlich bewandert. Es liegt für uns daher nahe, die deutschsprachige Schweiz als geeignetes Auswanderungsland anzupfeilen. Um diese Idee abzuschliessen, haben die Schweizer den Mythos vom Schweizerdeutschen und dem Chuchichäschtli in die Welt gesetzt. Indizien für diese These können etwa im deutschen Fernsehen beobachtet werden, wenn Schweizer Politiker oder Sportler zu Wort kommen. In der Schweiz sprechen sie astreines Hochdeutsch, kaum werden sie jedoch in den Abendnachrichten des deutschen Fernsehens interviewt, legen sie sich zur Tarnung einen Schweizer Akzent zu und verlangsamten ihre Sprechgeschwindigkeit, dabei möglicherweise von Synchronsprechern unterstützt, die von den Schweizer diplomatischen Vertretungen in Deutschland eigens dafür ausgebildet werden.

«Die Schweizermacher» scheinen den Deutschen ausserdem den Eindruck zu vermitteln, nur derjenige Ausländer würde in der Schweiz toleriert, der seinen genormten Müllsack an einem festen Wochentag an einer bestimmten Strassenecke zur Abholung deponiert. Dieser Müllsackmythos, die uniformierte Aufreihung in Reih und Glied, könnte zwar als ein nur folgerichtiger Ausfluss des Wehrhaftigkeitsmythos angesehen werden. Dennoch, auch in diesem Fall stellte sich die Wirklichkeit als ganz anders heraus. Geprägt durch meine Kindheitslektüre Ephraim Kishons, der in einer seiner Kurzgeschichten schildert, wie er in Zürich verzweifelt und vergeblich (selbst die Papierkörbe waren ein zu reinlicher Ort für die Aufbewahrung)

einen Pappteller zu entsorgen sucht, sah auch meine Phantasie die Schweiz als ein Eldorado der Reinlichkeit und Ordnung. Doch am ersten Morgen nach meinem Umzug bot sich mir in Brugg ein anderes Bild: Abfall und Unrat auf den Strassen und Plätzen in einem Ausmass, die der Bahnhofsumgebung vieler deutscher Grossstädte um nichts nachstand. Hinzu kamen Ansammlungen vielfarbiger Müllsäcke, die sich ungeordnet an Häuserecken und am Strassenrand lümmelten. Zugegeben, der Abfall und Unrat war eine Ausnahme und wurde bald weggeräumt. Es waren die Überreste eines fröhlichen Festes, zu dem jedes Jahr im Sommer, in einer Art Fruchtbarkeitsritual, die Kinder und Jugendlichen, herausgeputzt und blumengeschmückt, hinter den Repräsentanten der Stadt in einem langen Umzug durch die Strassen ziehen. Doch die Müllsackanarchie blieb erhalten und animierte mich schliesslich, dem lokalen Quartierverein beizutreten, um dafür zu lobbyieren, dass die Müllsäcke in Zukunft erst am Morgen der Abholung vor die Tür gestellt würden. Der Gestank, der vor allem im Sommer von draussen durch die offenen Fenster in meine Wohnung drang, schien mir auf Dauer unerträglich.

Chuchichäschtli- und Müllsackmythos. Auf den ersten Blick stützen sie den Wahrheitsgehalt des dritten Mythos: die Schweizer Ausländerfeindlichkeit. Die Statistik spricht andere Worte. In der Schweiz ist vieles anders. Sie ist eine Konsensdemokratie, sie besitzt kein oppositionell funktionierendes Parlament, sie ist ein Bundesstaat mit ausgeprägtem Föderalismus, in dem die einzelnen Kantone Steuer- und Finanzhoheit haben und die Staatspräsidentenschaft wechselt in jährlichem Turnus unter den Mitgliedern der Regierung; sie ist ein Land, das – bis auf den fehlenden Meeresanschluss – mit allen erdenklichen landschaftlichen Schönheiten aufzuwarten weiss, ein Land, das mit Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätomanisch vier Amtsprachen besitzt, einen starken Minderheitenschutz, starke direktdemokratische Elemente und aussenpolitische Neutralität. All das kommt rund siebeneinhalb Millionen Einwohnern zugute. Knapp 21 Prozent davon sind Ausländer. Zum Vergleich: in Deutschland leben rund 82 Millionen Menschen, nur knapp neun Prozent sind Ausländer. Die Schweiz, sie ist nicht ausländerfeindlich, sie ist spießerfeindlich. Und «Die Schweizermacher» daher der erfolgreichste Spießerabwehrfilm aller Zeiten. Vielleicht von den Spießern in der Schweiz ausgedacht, weil sie finden, es gebe ihrer schon genug, es brauche nicht noch Importe.

